

[Sammlung]

RESCRIPTEN =

SAMMILUNGEN

über

*das Königlich Baiuerische
Straf-Gesetzbuch.*

*den 13^{ten} Februer 1817 anfangend bis
inclusive
Rescripten von N^o 157 bis 209.*

II^{ter} BAND.

Abſchrift.
N^o 230.

157.

Königreich Sardinien.

Ministerium der Justiz.

Auf Befehl Unser Majestät des Königs,

Der Reichs Minister Graf von Kaunitz.

An

Das königliche Oberappellationsgericht.

Uns von dem königl. Appellationsgerichte für den N. Reich am 23^{ten} December 1816 ersuchte Anzeige über die gegen einen Reichsgericht: Appellator verhängte General: Untersuchung wegen angeführter Thatsachen im Amt, veranlaßt zu Erscheinung des über die Einsetzung der Untersuchungsgerichte anzufragen, und von dem Gerichte: Konstante nach den Bestimmungen des Gesetzes anzufragen. In Erfüllung einer ferner bereits am 9^{ten} August 1814 erteilten Verfügung an das Appellationsgericht für den Handbaurat.

München den 13^{ten} Januar 1817

J. Kaunitz.

Die Komposition der Untersuchungsgerichte.

Den

Gerichte nach Artikel 432. Civil

General Dekret von November.

II Das Verordnungsblatt betr.

Abſchrift.

M. J. K.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß unter den im Artikel 432. Civil II des Verordnungsblatts genannten verordneten Untersuchungsgerichten in Sallen, wo gegen Landesgericht: oder Reichsgericht: Appellator wegen Verbrechen, oder wegen General: Untersuchung einzusetzen sind, bei uns nur die General: Commissionen, oder Appellationsgerichte, je nachdem die strafbare Handlung im Laufe der administrativen Prozesse, oder der reinen Justizverwaltung begangen worden. Es ist, bei letzteren aber nur die Appellationsgerichte vorhanden, welche uns, welche jedoch auf überlassen ist, nach Umständen die Konstante dieser Gerichte mit solchen Untersuchungen im ganzen, oder theilweise, wenn keine Sachverhalte abzuwarten, zu beauftragen, oder einen Einverständigen und einen Mithel abzuordnen.

Da

In dem vorliegenden Falle die letztere Klagenbefreiung als ganz
mäßig beschränkt wird, so haben wir wegen des dem Kommissar zu
machenden Beschlusses von einhundert fünfzig Gulden das Ganige
sagen lassen.

Wien den 9 August 1814.

Im

Das k. k. Exzellenzgericht des Oesterreichischen Kaiser
also erlassen worden.

158.

Abtheilung
Nº 507.

Königreich Sachsen.

Ministerium der Justiz.

Hoch Seiner Majestät des Königs,
des Kauten Ministers Graf von Reichenbach.

Da

das Königlich Oberappellations-Gericht.

Einsichtlich der Anstellung der genannten Barbaren in die
Krausentallen, wurde unter dem heutigen an sämtliche Appellations-
gerichte des Reichs und an das Hofgericht in Spitzburg, die in Ab-
sicht bezüglichen Entschlüsse anlassen, welche zur Aufrechterhaltung
mitgetheilt wird.

Münster den 27^{ten} Januar 1817.

Gr. Reichenbach.

Die

Anstellung der genannten
Barbaren in die Krausentallen
stellen.

Die

General-Sekretär
v. Nöcker.

Abtheilung.
Nr. 507.

ad 158.

Königreich Sachsen.

Ministerium der Justiz.

Kurfürstliche Hofkanzlei des Königs, der Staats-Minister Ge. v. Regierung

zu

des Königs = Appellationenämter des Reichs und an das Hofgericht in
Münzberg.

Wachdem der Grund, aus welchem vor einigen Zeit die Entsch. des
Ministeriums der Staatsarbeitämter die jährliche Bestimmung der Kräf-
te hatten, in welche die vorerwähnten Beamten gebraucht werden sollten,
sich besonders verhalten hat, nicht mehr im gleichen Maße besteht, so
kann nimmermehr die vorige Vertheilungsweise wieder einhalten, und die
Abtheilung wieder unmittelbar von dem betheiligten Amte ge-
lassen, und zwar eintheilen nach folgender Einteilung:

I Zerstreuung.

1.) Das Zerstreuung zu Münzberg, so lange solches noch besteht wird, nimm
alle Zerstreuung aus dem Großherzogthum Münzberg und dem Fürstenthum
Hessensland auf.

2.) Das Zerstreuung zu Lützen ist bestimmt für die Zerstreuung aus dem Ma-
gistrat - Regim. Brandenburg - und Markkreis; und nach dem noch für die zur
Katholik-Kirche vorerwähnten Beamten aus allen Theilen des Reichs.

3.) In das Zerstreuung zu Mühlhausen, als in welcher Eigenschaft das hiesige
Staatsarbeitamt bisher zugleich benutzt worden ist, werden die Zerstreuung
aus dem Markkreis, Paderborn - und Harzland gebraucht.

II Staatsarbeitämter.

1.) Das Staatsarbeitamt zu Münzberg wird für die Kräfte aus dem
Großherzogthum Münzberg und dem Fürstenthum Hessensland vorerw.

2.) Das Staatsarbeitamt in Lützen - für die Kräfte aus denjenigen
Gerichtsbzirken des Markkreises, welche normally zum Fürstenthum Lützen
gehörten, dem und den Landgerichten Ronneburg, Hildesheim und dem Ei-
nmal - Gerichte - Bzirkten Hildesheim an der Elbe im Regim. - Kreis.

3.) Das Staatsarbeitamt in Lützen - für die Kräfte aus dem noch

übrigen Theilen des Mainkreises, mit Einschluß der Landgerichte
Erfurt und Meiningen. Dann auch die Landgerichte Gera und
die Eisenach. Gerichte. Bezirke gehören im Regalkreise.

4.) Das Regalkreisland zu Gera für die Kreislänge und die noch
übrigen Theile des Regalkreises und auch die dem linken Ufer der
Donau gelegenen Gerichte. Bezirke des Brandenburgischen, mit Ein-
schluß der Landgerichte Dillingen, Gießhain und Lützen;

5.) Das Regalkreisland zu Eisenach für die Kreislänge und den Illerkreis,
dann auch die abrenannten Landgerichte Dillingen, Gießhain und Lützen, und
die auf dem rechten Ufer der Donau und dem linken Ufer des Saale gelegenen
Gerichte. Bezirke des Brandenburgischen, mit Einschluß der Stadt
Mühlhausen.

6.) Das Regalkreisland zu Sömmerda für die Kreislänge und den Regal-
kreis, und die Landgerichte Erfurt und Meiningen im Mainkreise, und
auch die Landgerichte Regal, Meiningen und Mittelfeld im Ilterndonaukreise.

7.) Das Regalkreisland zu Mühlhausen für die Kreislänge und den Ilter-
kreis, und Ilterndonaukreise, mit Einschluß der noch Sömmerda vor-
wiegend Bezirke Sömmerda selbst, dann auch die noch übrigen Bezirke des
Brandenburgischen auf dem rechten Ufer der Donau und des Saale,
und auch die Bezirke des Nordgerichts zu Mühlhausen.

In eintrachtlichen Fällen, wo eine Entscheidung, der einen oder anderen
Anspruch zu besorgen wäre, oder wo Rücksichten der Gerechtigkeit und ökonom.
nischen Verwaltung einzelner Verhältnisse notwendig wären sollten,
werden diejenigen Modifikationen und besondern Verfügungen getroffen
werden, welche die Umstände gebieten.

Der Kaiser hat auch befohlen die Exekutionen der angeführten, die im
Regalkreisland verordneten Exekutionen für die genannten
Verhältnisse nach Ablauf der bestimmten Dauer ihrer Kraft, jedesmal,
sobald es möglich vorkommt, und nöthigenfalls die etwa vorkommenden
Gerichte mit entsprechenden Verfügungen begünstigen.

Mühlhausen den 27^{ten} Jänner 1817.

Fr. W. W. W.

Die Verwaltung der genannten
Ansprüche in die Kraft.
Anstalten, beauftragt.

Der
General-Sekretär
von Nöcker.

Abtschrift
Nº. 557.

159.

Königreich Sardinien.

Ministerium der Justiz.

Hoch Entsch. Sardin. Majestät. Sub. Königs.
Der Staats-Minister Graf v. Reigersberg.

An

Sub. Königlich. Verwaltungsrath.

Nach der unterm heutigen an Sub. Königs: Verwaltungsrath für den A.
Rath in Betreff Sub. Sachverhalt wird ausgemacht den Einfluß des
Einwurfs verlassenen Substanzding wird dem Königs: Verwaltungsrath.
gerichtet dem Abtschrift zur Kenntniss unter Remission der mit Sa.
nicht vom 27^{ten} Jänner eingereichten Akten mitgetheilt.

München den 31^{ten} Jänner 1817.

Gr. Ordensburg.

Der Sachverhalt wird ausgemacht.
unter Einfluß des Einwurfs verlassenen Substanz.

Der General Sekretair
von Nernner.

ad 159.

Abtheilung

M. J. K.

Das Straßburger Buch Heft I Artikel 221 konnte den mit Schrift vom
10^{ten} dieses Monats vorgelayten Gericht über den Begriff eines ausgezeuften
Diebstahls durch Furtachen oder Stiefbrausen veranlassen, weil bei dessen
Nummer 4 das Wort "gerichtlich", eingestrichelt war, welches die Erklärung
auf Vorantsetzung eines gewissen Grades zuließ; Dieser Zweifel aber
wurde nicht allein durch das Reskript vom 14^{ten} März 1816 / blyfoguarfichte
Samlung Nummer 43: / sondern auch vorzüglich durch das Dekret vom 25^{ten}
März 1816 gelöst, indem dessen Artikel VI. das Wort "gerichtlich", ab-
sichtlich ausgelassen, und stattdes jeds Gewalt, oder Plutumsfind des Jura.
Das, als hinreichend zum Begriffe des ausgezeuften Diebstahls anklärt
hat, auch der Geist dieses Gesetzes unverkennbar darin beruht, Begriffe
an die fündliche Lufurkeit durch Verletzung der gewöhnlichen innern oder
äußern Vermögensmittel als das charakteristische Merkmal des aus-
gezeuften Diebstahls aufzustellen. Da nun Gläubiger des innern der ge-
wöhnlichen Vermögensmittel gefönnen, so ist der Diebstahl, welcher vor-
mittels des Furtachens oder Stiefbraus eines Ausdrucksfichts verübt wird,
nicht weniger, als wenn er durch Stiefbrausen eines Jura gefönnen, indem
die ausgezeuften Diebstahls zu reifen, und der föfere oder geringere
Grad der Gewalt hat nur auf die Zammstung der gesetzlichen Strafe
wider den ausgezeuften Diebstahl einen Einfluß. Dieser wichtigen
Aufsicht gemäß hat auch das Dekretationsgericht nach dem Dekrete vom
25^{ten} März 1816, in mehreren Fällen erkannt, und noch kein Dekretations-
gericht hat darüber einen Aufstand gefunden. Hiervon ist sich zu reiten.

Münster den 31^{ten} Jänner 1817

Da

Das Könige: Dekretationsgericht für den N. Kreis
also gegangen.

Abtheilung
No 699.

No.

Rougeur Saison.
Staats-Ministerium der Justiz

Günstigste der von einem öffentlichen Diener im Amt verübten Unter-
scheidung (Kriegsgesetzbuch Teil I Artikel 362.) würde unter dem
Günstigen an das Königliche: Exzellenzgericht für den Oberstaatsanwalt
die in Abtheilung mitfolgende Unterscheidung anlassen, welche zur Auf-
hebung mitgetheilt wird. München den 11^{ten} Januar 1817.

Stück

Saison Könige Majestät allerschönsten Befehl.
Ihr. Regierung.

Der Könige: Exzellenzgericht

Ihre

Die von einem öffentlichen Diener
im Amt verübte Unterscheidung betr.

Journal Sakuntale
von Nerven

Abtheilung.

M. J. K.

Die mit Schrift vom 11^{ten} vorigen Monats gesaltene Auftrage:
ob die von einem Staatsbeamten oder öffentlichen Diener begangene
Unterscheidung der ihm vermögten kleinen Amtsanwärternden Gelder
oder geldwerten Sachen nicht nach dem Gesetz vom 25^{ten} März 1816
ohne Rücksicht der Summe der Beträge sei?
ist in den bestehenden Gesetzen klar enthalten. Das Gesetz vom 25^{ten} März 1816
setzt den Diebstahl und Unterscheidung nur als Privatverbrechen oder Vergehen
zum Gegenstand, und bemerkt am Schluss die angeführten Artikel des
Kriegsgesetzbuches, unter welchen sich der Artikel 362. Teil I nicht befindet,
nicht nicht befinden konnte, da derselbe von der Unterscheidung als Staats-
verbrechen handelt, bei welcher das Moment ihrer That als Verbrechen an-
zusehen Nothwendigkeit in der vorletzten Ambegleitung ruht. Diese ist also ohne
Rücksicht auf die unterscheidende Summe immer als Verbrechen mit der Dienst-
Entscheidung zu bestrafen, und die damit verbundenen gesetzlich bestimmten Strafen nach den
Gesetzungen über die Strafen der ansehnlichen Diebstahlsverbrechen (Gesetz vom
25 März 1816. Artikel III anzunehmen. München den 11^{ten} Januar 1817.

Ihre

Das Königl. Exzellenzgericht für den Oberstaatsanwalt
also anlassen werden.

Abdruck.
No. 767.

161.

Königlich Preuss.

Ministerium der Justiz.

Hoch Befehl Seiner Majestät des Königs.

Der Reichs Minister Graf von Armin.

An

Das Königlich Preussische Oberappellations-Justiz.

Die Benachtheiligung einer Königl. Verfügung. Konflikte zwischen dem General. Kom.
missionen und Appellationsgerichten des N. Preuss über die Benachtheiligung
gegen die Statuten 123 und 124 des Königl. Justizgesetzes und Befehlbarkeit,
ist am 8^{ten} Februar 1817 nachstehende Entscheidung an das General.
Kommissionen ergangen, welche dem Königl. Oberappellationsgericht
zur Darstellung und Aufklärung mitgeteilt wird.

Münster den 13^{ten} Februar 1817

Graf Armin.

Benachtheiligung gegen die Statuten
123 und 124 des Königl. Justizgesetzes
und Befehlbarkeit betref.

Der
General-Sekretär
v. Neumeier.

Abfchrift.

Auf die benannte Anzeige des Königl. General-Commissariats des N. Reichs über einen Einigkeit-Einklick mit dem Königl. Exzellenz-Commissariat in Bezugung der Unterzeichnung der Verfassungen gegen die Artikel 123 und 124 des Konstitutionsgesetzes de dato 8^{ten} Dezember v. J. wurde das Exzellenz-Commissariat mit Befehl genommen, welches nicht zögert, dass es seine Meinung ganzem Weg, sich in dergleichen Fällen für unangelegen zu erklären, wenn auch personellisches oder geringeres Geschehen zu verurtheilen ist, sondern seine Incompetenz vielmehr auf die Distinktion zwischen Verfassungen und nachherigen Verordnungen oder auf die Unklarheit gründet, und ferner den Satz aufstellt:

"Dass wenn die Strafe des Verfalls personellisches oder geringeres Geschehen ist, die Strafe der Unklarheit von dem Kaiser. Sondern anzunehmen ist unter Bezugung auf das Verfassungsgesetz Teil I Artikel 69 und auf die Worte der Urtheilungen zum Verfassungsgesetz Band I. p. 200. wo zur Bestimmung und Wirklich anzugeben ist, wird ganz richtig gefolgert, dass, da in den Artikeln 123 und 124 des Konstitutionsgesetzes in Anwendung des nachherigen Verfalls bestimmte Strafe wirklich personellisches Geschehen nicht übersteigt, auf die Bestimmung der Verfassungen Bezug, wenn ihnen eine angebliche Unklarheit zum Grunde liegt, offenbar vor dem Kaiser. Sondern gegen."

Da sich nun die Unterzeichnung dieser von dem Königl. Exzellenz-Commissariat des N. Reichs für seine Incompetenz in der Unterzeichnungssache gegen den den Exzellenz-Commissariat angeklagten N. angeführten Grunde mit den Gesetzen nicht vereinbaren lässt, und da der Kaiser bereits erkannt hat, dass dem N., hinsichtlich der Verfassungen der Exzellenz-Commissariat kein unrechtmäßiger Verfall zur Last falle; so erfüllt das Königl. General-Commissariat seine durch die Befehl, die bei dieser Exzellenz-Commissariat verurtheilten Verfassungen gesondert zu unterzeichnen und darüber nachlässig zu erkennen.

Die Befehle des Kaisers vom 8^{ten} Dezember v. J. folgen zurück.

Am

München den 8^{ten} Februar 1817

Das königliche General-Commissariat des N. Reichs also ergangen.

Abtschrift102.N.º 996.

Königreich Bayern.

Ministerium der Gerechtigkeit.

Euch befehle ich meine Majestät der Könige.

Der Reichs-Minister Graf v. Riegerberg.

Ihr

Ihr Königlich-Preussische Legation in München.

Sei. Majestät hat wegen unterzeichneten Diebstahls verurtheilte N.º
 munda. hinsichtlich der Artikel 111 und 470. Teil II des Strafgesetzbuchs
 und der zurechnungsigen Abkündigung der Untersuchungen, an der Königl.
 Legation in Paris für den N.º Kreis unter dem heutigen Tag in Abtschrift
 beiliegenden Befehl anlassen, welcher zur Kenntniss und Befestigung
 mitgetheilt wird.

München den 4^{ten} März 1817

Gr. Riegerberg

Der Artikel 111 und 470

Teil II des Strafgesetzbuchs
 und der zurechnungsigen Abkür-
 zung der Untersuchungen betr.

Ihr

General-Sekretär
von Nörmann.

Stoffn.
No 990.

M. J. K.

Wir gedenken das in der Kreisverhandlung für den N. anstalteten Gut.
achten, und haben dasselbe in der Verhandlung. Das Land also auf 1. März vor der
verkauften Gut das festgesetzte Lebensjahr zurückgelegt, und einen unbedingten
Gegensatz bei dem anderngekauften Lande auf ausgesetzt, und diese Gut in einem
abgekauften Kaufschillingen. Mangel verbleibt hat, und durch eine Kriminal, Lande in
einem Einkommen, welche an demselben eine Forderung finden kann,
auch seine ganze Lebenszeit gesichert würde, und demnach, dass ein
das Land bei demselben und auch in jeder Weise gesichertes Eigentum ist, auf
ist der Sachverhalt zu verstehen, dass dieser junge Mensch im Verstande und
Verstande gesondert beifolgt, und dessen Religion. Entschieden nicht vernach-
lässigt wurde. Bei der Revision der mit demselben 16^{ten} vorigen Monats einge-
sandten Akten wird bemerkt, dass überhaupt unformaliger Prozess * bei
einem als Verurtheilten bei demselben Lande die konfirmirten geistlichen Stra-
ben festschreiben, mit einer unrichtig bearbeiteten Verlängerung der
Strafzeit auf vierzehn Tage besonders bemerkt werden, und dem Ueber-
sehungsausschuss nicht genügt würde, dass er über die ganz unbedeutende, und
nur zehn Wochen betragende Verlängerung an einem von einem Saume auf
dem Lande überhaupt das ganze Sakrament der Sakramente nicht genug zeigen
wird, und vernachlässigt hat. Die Gerichtshöfe sind demnach, dass durch solche
überflüssige Verhandlungen die für eine Sache vernachlässigt, die Arbeiten
der Gerichte verzögert, und selbst die Untersuchungen, welche ohne Zweck mit
Verlust von Zeit und Kosten sich an dem Orte der Gerichte zu vollziehen ent-
behrlichen Verhandlungen ergeben müssen, wiederholt bekräftigt werden.
Wenn die Gerichtshöfe diese und die anderen oft aufzufindenden Verlängerun-
gen der Untersuchungen besonders über verurtheilte Verurtheilte richtig auf-
fasst, so werden sie sich überzeugen, wie notwendig es ist, darüber zu
verhandeln, und durch die geeigneten Mitten der Untersuchungsgerichte an
geordneten Akten der Untersuchungen und an Festhaltung von

allen

* Stf. Samml.
num: 137 u. 149.

allen offentlichen unbefugten Zuzugangsverhinderung zu dem vor-
 genannten Ganztage das bey dem Kaiser und kaiserlichen Universitäts-
 raten durch das Justizministerium allain (Kaiserliche Verordnung vom 11. April
 1770.) schon beschlossenen Gebots durchzuführen.

München den 4^{ten} März 1817

An

Das Königl. Exzellenzministerium für den N. K. Rat
 also anlassen werden.

Abtheilung
Nº 1128.

103.

Königreich Sachsen.
Ministerium der Justiz.
Einf. Befehl seiner Majestät des Königs.
Der Erste Minister Graf v. Rigauberg.
An

Das Königl. Kanzleramt in München.

In Befolgung des Beschlusses vom 27.^{ten} Januar d. J., die Vertheilung
der gemeinlichen Handvermerke in die Justiz- und Kassenarbeit. Ausstellen
betreffend, wird bemerkt: Daß das Justizamt zu Leipzig nur zu der Einf.
nahme von männlichen gemeinlichen Angehörigen befugt ist, und daher die weib-
lichen zu Justizamt oder Kassenarbeit gemeinlichen Handvermerke in die
Kassenarbeit für die betreffende Einkünfte abzugeben haben.

München den 4.^{ten} März 1897.

Graf Rigauberg.

An

Vertheilung der gemeinlichen
Handvermerke in die Justiz und Kassen-
arbeit. Ausstellen betw.

An

General Sekretair
v. Nörmann.

Abtheilung
No. 1482.

104.
Maximilian Josef.
von Gottes Gnaden König von Bayern.

Sei es der Mangel und Mäßigkeit der für den N. hienersenden, und im Ber-
trage des Prokommanten zur dritten Stockwerkslage ausgegebenen Militärungs-
genüsse, finden wir bei der begünstigten Herabsetzung der gegen Befug.
den N. wegen ausgezeigter Diebstahl an kannten Knecht, auf zwölf
Lehn Erbteilgenüsse desto weniger Zustand, als das Herabsetzungsgehalt
selbst, nachdem jene Militärungsgenüsse die konkurrierenden ansehnlichen
Einkünfte vollkommen ausfüllen, der ausgezeigte Diebstahl mit der
Veränderung einer geringen Anzahl und mit der Abgabe auf einen nicht be-
stimmten Zeitraum verübt würde, der Barockfalle auf schon vorhanden der
Entstehung einer fünfmonatlichen Anstalt anlassen, und dadurch die
konkurrierenden als Knechte furchtbaren Handlungen einigermaßen ab-
gelenkt hat, in verantwortlicher Eigenschaft auf das im Artikel VII. des
Vertrags vom 25ten März 1816 bestimmte Minimum von zwölf Lehn an-
kommen konnte; weshalb wir auf dem N. die Hoffnung erwidern zu
günstiger nach Ablauf von zwei Diensten der auf zwölf Lehn ge-
milderten Knecht bei erfüllten Bedingungen des Artikels 12. April I
das Knechtschaftsrecht belassen. Die mit Brief vom 20ten dieses Monats
eingesandten Akten folgen zu weiterer genauartiger Aufschlüsselung
gemäß der Verfügung zurück.

München den 25ten März 1817.

Max Josef.

Der
des Königl. Kammerallheims-
Dienst.
den wegen ausgezeigter Dieb-
stahl verurtheilten N. betrefft:

Gr. Kammerallheims
Kupf. Königl. allerhöchsten Befehl
der
Jurnal-Verordnung
v. Nummer.

Abtheilung
Nr. 1491.

165

Königlich Sächsischen
Ministerium der Justiz.
Auf Befehl Seiner Majestät des Königs.
Der Staats-Minister Hr. v. Meiberg.
An

Das königliche General-Landes-Gericht

Gemüthlich der Verpflegungskosten der sogenannten Elbinger. Gefängnisse
für die Inquisiten in den Gefängnissen, wiewohl am 18ten März d. J. Befehl
an sämtliche königliche Finanz-Direktionen; Finanz-Administration zu
Lage, und Hofkommissionen Einbringung und Abrechnung nachfolgend.
In Ausführung erlassen.

Auf Befehl.

Die bisher bestandenen Taren für die Verpflegungskosten der Inqui-
siten in den Criminal-Gefängnissen sind bei der hohen Justiz-Kammer ange-
nommen worden, und obgleich bereits bedeutende Erhöhungen bewilligt war-
den, so laufen doch noch immer aus jenen Taren der Kaiser, wo die fraglichen
Taren auf ein geringes Quantum festgesetzt sind, häufige Klagen über
das Missethumben zwischen den Kamern der Landesmittel und der für die
ausgezeichneten Verpflegung ein.

Um diesen Beschwerden zu begegnen, und zugleich einen Verpflegung-
Maßstab fest zu setzen, welcher sich mit den laufenden Kamern von selbst
und ohne Mühe setzt, auf in einigen Teilen der Kaiser, schon längst be-
rathen, wird beschlossen, wie folgt:

- 1) Die Taren der fraglichen Verpflegungs-Gefängnisse stellt sich in
je ein für das Brot, und in je ein für die übrigen der Inquisiten vor-
schreibensmäßig zu verabreichen Nahrungsmittel,
- 2) an Brot täglich für jeden anwesenden männlichen Inquisiten
1/2 lb, und für jeden Inquisiten weiblichen Geschlechts oder unter 15 Jahren
1/4 lb, und zwar für das Roggenbrot jedesmal bei Befinden vollen

Kollegium

Holizag: Tager veranlaßt werden, für die übrigen Strafungsmittel wird täglich ein Gesetz von acht bis neun Krützer bei den Inquisiten der ersten, und von sieben bis acht Krützer bei den Inquisiten der zweiten Stellung gehalten.

Dieselbe hat auch den örtlichen und zeitlichen Verhältnissen zu be- stimmen, ob und wo der Säfer oder andere Vork. gehalten soll.

Man also zum Beispiel ein Pfund Roggenbrot nach der örtlichen Holizag: Tager fünf Krützer vier Heller gilt, so betragen die täg- lichen Verpflegungsgeldern für einen verurtheilten männlichen In- quisiten sechszehn Krützer zwölf Heller, bei weiblichen Krützer zwölf Heller; für Inquisiten weiblichen Geschlechts aber; oder unter fünfzehn Jahren zwölf Krützer sieben Heller bei vierzehn Krützer sieben Heller.

3.) Diese Bestimmungen treten vom ersten September d. J. an anfangend in Wirksamkeit. Wollte es dieselbe für ratsam oder nötig halten, ist auch noch eine wirkende Kraft für verflochtenen Monate einzu- nehmen, so wird darüber ein besonderer und wohl motivierter Antrag erwartet.

4.) Die sämtlichen Kriminal. Gerichte sind von dieser Verfügung in Kenntnis zu setzen, damit sie sich durch öfters wiederholte und innerer- gesetzliche Untersuchungen überzeugen mögen, ob die Inquisiten eine der Tager entsprechende Strafe verurtheilt werden."

Wien den 23^{ten} März 1847

Jr. Pragerburg.

Die Verpflegungs- Kosten
des vorgenannten Abzuges-
Geldern für die Inquisiten
in der Folgezeit zu betr.

Der
General. Sekretair
von. Veronesi.

Abtheilung
Nº 2650.

Maximilian Josef
König von Bayern.

Stück des Briefs vom 16^{ten} und bezeichnet am 21^{ten} dieses Monats ge-
wungenen Mir, dem Güterfiskus mitgetheilt, daß Sie gegen N. und N.
im Kaufwege erkaufte Waare in einer zweijährigen Arbeitszeit
Waare umzuwandeln würde, um so sehr, da in Gemäßheit des Art.
118 des Gesetzes vom 25^{ten} März 1816 bey dem Staatsgericht der
mildmüthigen Gründe der mindeste gesetzliche Waarensatz von (Kaufmanns-
wegen) auf die Güter fälle anabgesetzt werden können. * Dieser
gemäß folgen die Aktien zur weiteren geeigneten Anfertigung der
waren zurück.

München den 24^{ten} März 1817

Max Josef.

* Der Liebschaft war durch Einkauf an-
gekauft, der Betrag bestand in 60 fl und war
mit dem entsprechenden Einkauf der werth-
vollen Verbindung begleitet, mithin gegen
dieses allerhöchste Befehl zur allseitigen Ver-
ord. Art. VII und IX.

Gr. Kriegerburg

Da
das königliche Kommissions-Gesetz
die gegen Liebschaft gezogenen
N. und N. bekräftigt.

Stück
Königlichen allerhöchsten Befehl
den
Journal Sakontair
v. Sommer.

107.

Abtheilung
Nr 1723.

Königreich Bayern.
Kant.-Ministerium des Justiz.

Einsichtlich der Angelegenheiten der Pfaffen-Kommissionen über das Betragen der
Pfaffen bei Ablauf von drei Viertel der Pfaffenzeit, gemäß am 23^{ten}
Maj, dieses Jahres das in Abtheilung beizugehende Merkblatt an die sämtlichen
Königlichen Kreis-Regierungen, mit Erläuterung jener des Rhein- und Elber.
Landkreises vorzugehen. München den 26 Maj 1817

Die

Königlichen Majestät allerschönster Befehl.
Gr. Regensburg

Die
Königliche Kommissions-
Anweisung.

Die Angelegenheiten der Pfaffen-Kommissionen
über das Betragen der Pfaffen bei Ablauf
von drei Viertel der Pfaffenzeit betrachte:

Der
General Sekretair
v. Sommer.

Abtheilung.

Es ist schon öfters bemerkt worden, daß die Kommissionen und Inspektionen der Geist-
und Schulpflichtigen die Exakte und Zeugnisse über das Betragen eines Pfaffen,
der nach Erfüllung von drei Viertel der Pfaffenzeit im Verlauf des übrigen Viertel
zu stehen hat, erst nach Ablauf einer drei Viertel Viertel ausstellen, und diese Angelegen-
heit nicht selten auch zum Zeitpunkte einfinden: dann hat sich bei einigen Kommiss.
anstalten die falsche Einlegung des Artikels 13 Teil I des Pfaffenzeitgesetzes ein-
gelesen, als ob ein Pfaffe, sobald er vorher eine nicht kriminelle Pfaffe vor-
leben hat, von der Pflicht des bezeugten Artikels befreit ist. - Da nun festgestellt
nicht bloß die Statuten der Exakte voransteht, sondern auch viele Pfaffen der
Gesetze gegenüber, bemerkt werden, so sind die geachteten Pfaffen-Kommissionen
und Kommissionsen fürwahr nicht selten nach dem Sinne des oben allegierten Ar-
tikels 13 zu befragen und allgemein anzugehen. Die Eingangs anwesenden Exakte
und Zeugnisse ganzen Tage vor Ablauf der drei Viertel der Pfaffenzeit an die
betreffenden Exakts-Kommissionen einzufinden. München den 23 Maj 1817.

Die

sämtliche Königlichen Kreis-Regierungen, mit Erläuterung jener
des Rhein- und Elberländer Kreises also eingehen.

Abtschrift.
Nº 2602.

168.

Königreich Sachsen.
Kant. Ministerium der Justiz

Unter der Frage, ob in Fällen, wo durch strafgerichtliches Erkenntnis
dem Klagenheften ein Kosten in der Art angesetzt worden, wie für den
König: einer genommen worden, der Klagenhefte schließlich für, den Kosten
der Verurteilung zu bezahlen, würde unter dem Hinzutreten an das König:
Exzallationsgericht für den Klagenheften. Kann die in Abtschrift bezüglichen
Entscheidung zulassen, welche zur Entscheidung mitgeteilt wird.

Minister der Justiz den 24^{ten} März 1844

Kuß

Seiner Königl. Majestät allerhöchster Befehl.
Jr. Kabinetsekretär.

Stu

Seiner Königl. Kabinetsekretär.

Kabinetsekretär

Das Urtheil für die Exzallation
nicht ganz mittellosem Eingestul-
ligen bekannt.

Der

General Sekretär
v. Nessel

Stoffmisch.
No. 3040.

169
Königin Elisabeth.
Kunst. Mineralium der Pflanz.

Einpflicht der Befandlung der Eigel. Knäpflinge müßten unter dem hiesigen
an der Königl. Staats-Ministerium der Kaiserlich in Elbschrift befragender
Eutpflanzung anheben, welche zur Aufstellung mitgetheilt wird.

Wilmington Jan 17th Bury 1817

Seiner Königl. Majestät allerdurchlauchtigster Befehl.
Ge. Kammerrath.

Das Königl. Kassenallationsamt
Satzung der Eigel Knechtlinge betr.

San
Juanal: Sikontain
v. Nimmex

Abysnight.

M. J. 2^o

Da in der gegenwärtigen Zeit sich bey unsrer Unterthänigkeitsregierung die
Anzahl der Verurtheilten und Eivil. Sträflinge bedeutend vergrößern kann, daher
für Unterbringung jener Eivil. Sträflinge, welche noch längere Zeit zur Gefängnis-
strafe verurtheilt wurden, zu einem Hofe, und zur Arbeit eingebracht werden
muss, und der Bedarf zu diesem ist, so hat Unser Staat-Ministerium der Eivil.
sächlichen Angelegenheiten anzufragen, 1. alle in der Verordnung vom 28^{ten} No-
vember vorigen Jahres (Regierungsblatt 1816 Stück XXXIV Seite 861.) Artikel 3. und 4.
bemarckte Landes-Commissen, vorzüglich aber die geschäftlichen, wenn sie nicht dem Knapf-
gesetzbuch Theil I Artikel 31. und dem Arrestkriege vom 8^{ten} November vorigen Jahres
gemäß zur Verpflegung über die Gränze sich eignen, zur Aufnahme der Gefäng-
niss-Knapen sobald diese weniger als sechs Monate beträgt, Ingleichen 2. jener Eivil.
Sträflinge, welche wegen gleichzeitiger begangener Verbrechen verurtheilt, und nur
von der Justiz bezeugt worden sind, oder welche schon einmal wegen Verbrechen zum
Knapf verurtheilt haben, wenn die zurückkommene Gefängnisstrafe nicht mehr als
sechs Monate betragt, zur Aufnahme dinstellen bis auf weitere Verord-
nung in die Knapf-Commissen abzugeben zu lassen, Dieselbe jedoch in jedem Falle
besonders im Knapf-Commissen anzuweisen.

Membran Jan 14th - Bing 1817

Das Königl. Preuss. Ministerium der Justiz also erlassen worden.

Abbsniedl.
No 2468.

170.

Römerreichs
Königliche Ministerium der Justiz.

Die Entwerfung der Urtheilsurtheile in dem Falle des Artikels 355
Zivil II des Knapenrechtsbuchs, werden unter dem heutigen an das
Königliche Kaiserliche Ministerium der Justiz in der Abbsniedl beizulegen
Gesetzgebung anlassen, welche zur Aufhebung mitgetheilt wird.
Wien den 17^{ten} März 1817

Sein

Seiner Königlichen Majestät allerhöchster Befehl
Jr. Kabinett.

Im

des Königs: Oberregierungsamt.

Der

General-Sekretair
v. Nessel

Die Urtheilsurtheile in dem Falle
355 Zivil II des Knapenrechtsbuchs
sind dem Falle beizulegen.

Abtschrift.ad 170.

M. J. K.

Wir befehlen Ihnen auf Sie von den sämtlichen Appellationengerichten
in Sachen der Urtheile-Geßung in der Säßen des Artikels 355
Zeil II des Knapfgesetzbuchs anzuhalten, wie folgt:

Wenn der Angeklagte wegen eines Verbrechens für unschuldig
zu erklären, loszufahren, oder die Unternehmung wegen mangelnden
Einzelsatz einzustellen ist, so mit aber noch ein oder mehrere von den
unterzeichneten Verbrechern angeklagte Sachen zusammenhängen, so dem
Man nichtiglich der criminalen Gesesschaft der Handlung der Unternehmung
wegen mangelnden Einzelsatz einzustellen, der Angeklagte aber denselben Fall
als Verbrecher für schuldig zu halten ist, so hat in diesem beyden Fällen das Appella-
tionsgericht ein Urtheil zu erlassen, in diesem Urtheile aber sind die beyden Ge-
sellschafter des erkennenden Gerichts in der That anzudeuten, daß von demselben
als Criminalgericht, so viel das Verbrechen betrifft, auf die Urtheile Erklärung
Lossetzung der Einstellung der Unternehmung; und so dem als Einzelverbrecher
nichtiglich das Vergehen auf die That erkannt werde. Unser K. K. Ministeri-
um der Gerechtigkeit hat sämtliche Gerichtshöfe hierauf anzuweisen.

Wien den 17. März 1857

Der K. K. Reichs-Justiz-Ministerium der Gerechtigkeit als erlassen
werden.

Abtheilung
Nr. 3175.

171.
Königreich Sachsen.
Staats-Ministerium der Justiz.

Eingeführt der Frage: welche Beweismittel in den Fällen, wo nach Artikel 12, 13 und 16 Teil I des Knappschaftsgesetzes der Knäppling nach dem Dienstverhältnis der Knappschaft zur Begnadigung anfallen, würde unter dem heutigen an den Königlichen Appellationsgericht für den Kanton der in Abtheilung beiliegende Gutachten zu lassen, welche zur Verurteilung mitgeteilt wird.

Münster den 24. März 1817

Seiner Königlichen Majestät allerhöchsten Befehl
Ihr. Kabinetts

Im

der Königl. Appellationsgericht.

Die Frage betreuend, welche Beweismittel in den Fällen, wo nach Artikel 12, 13 und 16, I des Knappschaftsgesetzes der Knäppling nach dem Dienstverhältnis der Knappschaft zur Begnadigung anfallen.

Der

General-Sekretär
von Schöner.

Abtheilung.

M. J. K.

Die Königl. Appellationsgericht für den Kanton der am 2. März 1817 an 19. März Monats, die Frage betreuend: welche Beweismittel in den Fällen, wo nach Artikel 12, 13 und 16 Teil I des Knappschaftsgesetzes der Knäppling nach dem Dienstverhältnis der Knappschaft zur Begnadigung anfallen, be-
stehend aus dem, wie folgt:

Die dem Dienstverhältnis der Knappschaft sind in den Regel nach dem Eintritt der Knäpplinge in den Knapsort zu beauftragen; Wenn aber von dem Knäpplingen der Knäpplinge lassen sich in den Knapsort, zum Beispiel, wegen ungenügender Kommunikation mit der Entsch. Administration, muss mit der Militär-Gesellschaft rückförmlich der zur Festlegung der zugetheilten oder dritten Grundverhältnisse Individuen, angezeigt wird, so sind die anstehenden dem Dienstverhältnis nicht von dem Tage der Eintritt in den Knapsort, sondern von dem Tage an, wo der Knäpplinge der Knäpplinge angekündigt, oder wo der Knäpplinge angekündigt der Knäpplinge durch den Knäpplinge angekündigt worden ist, anzunehmen.

Münster den 24. März 1817

Im

der Königl. Appellationsgericht für den Kanton der also verfahren werden.

Abtheilung
No 3605.

172.
Königreich Savoyen
Staats Ministerium der Justiz.

Dem Majestät der König erlöbten über die Komposition der Königl.
Kassationskammer in Fällen, wo von Staatsbeamten und anderen öffentlichen
Dienern gemeine Verbrechen oder Vergehen begangen worden, am 8^{ten}
dieses Monats an das Königl. Staats Ministerium der Justiz folgende
Entschliessung:

Max Joseph.

von Gottes Gnaden König von Savoyen u. z.

Da die Gesetze des Titel VII - Band I Teil II des Königsatzbuchs,
besonders der Artikel 433, 434 und 435 zu dem Zweckes Erlaß gegeben sind,
ob darin ein Unterschied zwischen gemeinen und öffentl. Verbrechen oder Ver-
gehen der Staats- Beamten und anderen öffentlichen Diener liegt, und ob in
Fällen, wo bloß von gemeinen Verbrechen oder Vergehen die Rede ist, über die
Verurteilung der Spezial- Inquisition die ordentlichen Gerichte zu erkennen ge-
ben, oder die Komposition des Kassationskassationshofes sich auch darauf anwenden, die-
jenigen der Gesetze nachfinden sich widersprechende Kränklichkeit zur Folge
gehabt haben, und hervor hervorgehen; so haben Wir - um in zu-
künft jede Zweideutigkeit zu vermeiden, und dem Gesetze eine völlig gleich-
förmige Anwendung zu geben, und über diesen Gegenstand eine verbindliche
Bestimmung aufstellen lassen, und nach Vorlegung des Staats- Kassationshofes be-
schlossen: die Gerichte sollen durch unser Staats- Ministerium der Justiz
angezeigt zu lassen, daß bei gemeinen Verbrechen oder Vergehen der Staats-
Diener die ordentlichen Gerichte über die Spezial- Inquisition zu erkennen-
und im Falle einer von dem vorgeschriebenen Befehl der angestrichelten Staatsdiener
die Strafen zu setzen haben, die Einsetzung des Kassationshofes dagegen sich nur
auf die öffentlichen Verbrechen der Staatsdiener und auf solche gemeine Verbrechen
oder

der Pongesen bezugs nebst mit Entgegenstehenden in Verbindung
setzen. Unser Staat-Ministerium der Pongesen hat ferner das
Gericht zu versetzen.

Leiden den 8^{ten} July 1817
Max Joseph.

Die
der Königl. Staat-Ministerium
der Pongesen.

Neuchâtel den 8^{ten} July
Königliche Majestät der Könige
Ludwig von Preußen
General-Sekretär der Staatskanzlei.

Die Königl. der Königl. Staat-Ministerium
König, in Fällen, wo von Staatsbeamten
und anderen öffentlichen Beamten
gemeinsam Verbrechen der Pongesen
begangen werden, betrachten.

Der Königl. Staatsallianz-Vertrag der Könige hat sich
sicherlich zu stellen.
München den 13^{ten} July 1817.

Die
Königl. Staat-Ministerium allerhöchsten Befehl.
Jr. Regierung.

Die
der Königl. Staatsallianz-
Vertrag der Könige.

Die Königl. der Königl. Staatskanzlei
in Fällen, wo von Staatsbeamten und anderen
öffentlichen Beamten gemeinsam Verbrechen d.
Pongesen begangen werden, betrachten.

Der
General-Sekretär
von Neuchâtel.

Abtheilung
N^o 3934.

1793

Königreich Bayern.

Kaiser-Ministerium der Justiz

Die Abtheilung befragt, wie an das königl. Exzellenz-
gericht für den N. Kreis schriftlich der Einkünfte der hiesigen Kreis bei
Einkaufsverkäufen, welche Entschliessung wird zur Aufhebung mitgetheilt.
München den 12^{ten} August 1817

Stich

Kaiser Königlich Majestät allerdurchlauchtigster Kaiser
Er. Regierung.

Das königl. Exzellenzgericht.
Die Einkünfte der hiesigen Kreis
bei Einkaufsverkäufen betrachten.

Der,
General-Sekretär
v. Nesselrode.

Abtheilung.

M. I. H.

Stich Sie mit Schrift vom 16. May 1816 über das Besondere des Kaiser
ob die Einkünfte der hiesigen Kreis nach dem Art. XI. des Reichs vom
25^{ten} May 1816 auf bei Einkaufsverkäufen der Angelegenheiten der Untertanen im
Land (Kriegsverfahren Teil I Art. 361 bis 365 und Artikel 456 bis 458.)
eintreten?

eröffnen Sie dem Exzellenzgerichte, dass, nachdem das besagte Reich vom 25^{ten}
May 1816 nur nur vom Reich als Kriegsverkäufen handelt, das Ver-
fahren der Angelegenheiten der Untertanen im Land aber in der vorletzten Entscheidung
des Hauptmomentes seiner Anwendbarkeit findet, weshalb auch das Gesetz das Ver-
fahren nicht mehr aufzuführen werden kann, der Artikel XI des
besagten Reichs zwar bei der Unterstellung als Kriegsverkäufen mitem-
ander bei der Untertanen im Land in Anwendung zu bringen ist.

Sie mit Schrift vom 25^{ten} May 1816 monatlich eingeleiteten Akten
folgen zurück.
München den 12^{ten} August 1817

Stu

Das königl. Exzellenzgericht für den N. Kreis also anlassen werden.

Abtschrift.
N^o 4869.

174.
Königreich Bayern
Krebs Ministerium der Justiz

Ergebenst Empfehlung der Verordnung vom 19 März 1816 / Regiermngl.
blatt vom Jahr 1816 Nr. 129. 30: / bey Staatsverordnungen, zum Artikel
367. 68. 69 Teil II des Kurfürstlichen Verordnungs- und Verordnungs- und
König: Reglementes für den A. Kreis in Abtschrift mitfol.
/ ganz schriftlich zu lassen, und sämmtlichen Reglementen mit.
getheilt.
München den 19^{ten} September 1817.

Die
Königlichen Majestät allerschönster Befehl.
(gruß. Anordnung).

Die
König: Oberreglemente
Die Empfehlung der Verordnung vom 19^{ten}
März 1816 / Reg. Bl. v. 1816 Nr. 129. 30: /
bey Staatsverordnungen zum Artikel 367. 68. 69
Th. II des Kurfürstlichen Verordnungs- und Verordnungs- und
König: Reglementes für den A. Kreis in Abtschrift mitfol.
/ ganz schriftlich zu lassen, und sämmtlichen Reglementen mit.
getheilt.
München den 19^{ten} September 1817.

Der
General. Sekretair
v. Nemmer.

Abtschrift.

End p.

Dem Königlichen Reglemente für den A. Kreis wird auf
seinen Auftrag: Schrift vom 5^{ten} laufenden Monats zur schriftlichen
offen, daß auch bey den Verordnungen wider den Staat / Kurfürstlichen Teil I
Teil II Teil II: in Einkunft mit dem Aktum der Kurfürstlichen zur
Erweiterung der Revision mitzufügen seien. Die eingekommenen Akten
sollen zurück.
München den 19^{ten} September 1817.

Die
Königliche Reglemente für den A. Kreis
also eingegangen.

Abhschrift
Nº 1.943.

175.

Maximilian Josef.
von Gottes Gnaden König von Bayern.

Das Kurfürstliche Urtheil II Artikel 370 gestattet dem Ange-
klagten, oder an seiner Statt dessen Verteidiger, Vater, Vormund
oder Erben das Rechtmittel der Revision, so ist sehr klar ent-
schieden, daß, wenn der Angeklagte nicht das Rechtmittel der Revision
angeht, so ist, dessen Erben so wenig als dessen Verteidiger in
Revision gegen ein Urtheil: Erkenntnis zu ergreifen berechtigt sey,
und in dem Oberrathungsgericht in der That gegen d. g. g. g.
Entscheidung ist dem Gesetz ganz gemäß. Dieser wird demselben
nach dem Auftragsbrief vom 18^{ten} vorigen Monats unter Rückfluß
der mit Urtheil vom 19^{ten} dieses Monats, eingesandten Akten zur Auf-
stellung ersandt.

München den 30^{ten} September 1881

Max Joseph.

In
der königlichen Oberrathung.

Gnädig

Da von dem Angeklagten der wegen
Raub verurtheilte H. sein Urtheil
eingeklagt Revision begehrt:

E. R. R. R.

Stück

König: allerb. Befehl

der

General. Sekretär

v. N. N.

Abhschrift.

176.

König von Bayern
Kurfürst. Ministerium der Justiz.

Gnädigst der Befehl, daß in einer Kuzalla verurtheilten Diebstahl
wunder in der That nach dem Artikel VI N.º 1 des Urtheils vom 25^{ten} März
1816 unter dem häufigen am der königl. Oberrathungsgericht für den N.
Kais. nachfolgenden Subjekt Ding verfahren, welche zur Aufklärung mit-
getheilt wird.

ad 176.
M. G. K.

Der Artikel VI Nummer 1 des (sic) vom 25^{ten} März 1816, in der
Verfassung des Reichs (sic) betragend, macht keinen Unterschied, ob der mit
einem dem Gottesdienst zu gewidmeten Orte unterworfene Ort unmittelbar oder
unmittelbar; wesentlich oder nicht wesentlich zum Gottesdienst bestimmt ist,
auch wann der Ort (sic) des Reichs (sic) nicht geweihte Sachen in ei-
nem Orte bestimmt liegen, welche allen im Königreiche wohnenden
Christen anheim steht; die Heiligkeit des Ortes, in welchem eine zum
Gottesdienst gewidmete Sache unterworfene wird, verpflichtet die gesetzliche
Ordnung gegen dergleichen ungesetzliche Unterwerfungen. Daher war der
Reichs (sic), welchen der N. N. aus der Kasse bei H. N. an ungesetzlichen
Sachen: Unterwerfungen, und einem Stück Goldentens bezeugen haben, dem
verordnenden Artikel zu folgen ein ungesetzlicher, und der vom Reg.
Lationsgesetz am 30^{ten} Oktober vor: (sic) gefüllte Erkenntnis, dass
dieser des (sic) (sic) nicht angenommen. Dieser wird demselben unter
Kommision der mit Gesetz vom 17^{ten} vorigen Monats ringesandten Akten
zur Darstellung für die Zukunft anhängend.

München den 4^{ten} April 1817

Dies .

Seiner Königlich Majestät allerdurchlauchtigsten Befehl
Gr. Kriegsrath

Der

des Königs: Regallationsgesetz für den N. N.

Die Verfassung des in einer
Kasse gewidmeten Reichs (sic)
in Verfassung wird von Art. VI N. 1.

des (sic) vom 25^{ten} März 1816
betragend.

Der

General. Sekretair
v. Nimmer.

Abtheilung
N. 3870.

1777
Königreich Bayern.
Kant. Ministerium der Justiz.

Dem Königl. Appellationsgericht des N. Kreises ist bei Gelegenheit der
Entlassung eines Knäpflings in dem Gütigen eröffnet worden, daß in allen
Fällen, wo der/die Knäpfler der Knappzeit einen nach älteren Gesetzen bür.
gekauften Knäpfler vorsetzen sind, in dem zu ersetzenden Briefe eine der-
gleichen der zurückkaufte Knäpfler mit denjenigen, welche nach dem neuen
Knappgesetzbriefe zurückkaufte werden müßte, vorgenommen werden soll. Es sei
dem Appellationsgericht zur Mittheilung eröffnet wird, mit dem Anfang
daß hiernach auf die übrigen Appellationsgerichte angewiesen worden sind.
München den 31^{ten} März 1777

Auf

Seiner Königl. Majestät allergnädigsten Befehl
Jr. Rittersburg.

Es

Das Königl. Appellations-Gericht
Königl. Befehl der Knäpfler in Briefen
für Entlassung nach dem Knappgesetz
der Knappzeit betr. Art. 12. 13. u. 16.

Dem
General. Sekretair
v. Sommer.

Abtheilung
N. 5932.

1778
Königreich Bayern.
Kant. Ministerium der Justiz.

Gemäß dem Knappgesetz bei der öffentlichen Versteigerung, im Falle
des Artikels 4. 14. und 269 Teil I des Knappgesetzbriefes, wurde unter dem Gütigen
an das Königl. Appellationsgericht für den N. Kreis der Abtheilung beiliegend
gel.

Entschliessung erlassen, welche zur Ausführung mitgetheilt wird.

Münster den 29^{ten} September 1817

Stück

Seiner Königl. Majestät allerdienstlichen Befehl.
Gr. Kabinetkanz.

Da

Das Königl. Appellationsgericht
das Kaiserl.

Das Kaiserl. bey der öffentlichen
Stellung, im Fall der Artikel
4. 14. und 269 Titel I des Knapengesetz-
buchs, hat:

Grünwald. Sekretärin
v. Nemmer.

Ad. num. 5934.

Abtheilung.

Stück Befehl 5.

Nachdem das Kaiserl. bey der öffentlichen Stellung, im Fall der
Artikel 4. 14. und 269 Titel I des Knapengesetzbuchs, wird dem Appellationsgerichte
auf dessen Bericht vom 12^{ten} dieses Monats, folgendes anzuordnen:

1. Sind die öffentliche Stellung bey der Stellungnahme nicht beendet, so ist der App.
inoffiziell in seinen Sitz, auf der Seite mit der Tafel, welche das Statuten
und die zuerkannte Pflanz bekannt, begleitet von dem Appellationsgerichtskanzler
persönlicher Einladung an das Gericht, worauf er anzuordnen soll, zu gehen,
und an dem auf dem Gericht befindlichen Platz zu stehen, und so eine Reihe
lang öffentlich anzuordnen.

2. Kommt die öffentliche Stellung als Beförderung bey der öffentlichen
Stellung vor, so wird der Statuten, gehalten durch eine laiehafte Reihe, von
dem Gerichtskanzler an der Beförderung gehalten, und darauf mit einer Tafel auf
der Seite, welche das Statuten und die zuerkannte Pflanz bekannt, eine Reihe
lang öffentlich anzuordnen.

3. Wenn dieses geschieht bey denjenigen, welche wegen Meinungs- u. Statistik
269:1 genannt sind, sind diese ohne Pflanz oder Beförderung anzuordnen.

4. Jede Einführung soll, wenn es möglich geschehen kann, an einem Markttage oder sonst an einem Sparktage, wo sich mehrere Menschen zu versammeln pflegen, Sonntags vollzogen werden.

5. Zu allem Tollen hat der Herrschaftliche mit ausschließlicher Gewalt, in unbedingter Stellung, mit dem Gesetze gegen das Publikum verordnet, daß der Bürger zu sehen, und sich ruhig zu verhalten.

6. Ungebührliches Benehmen des Herrschaftlichen mit der Besatzung, Essen, Trinken und Dargleichen, ist demselben nicht zu gestatten, sondern gleich dem der ungeschulten Gemeinderichter zu verfahren.

7. Während der ganzen Einführungzeit soll sich der Gemeinderichter, und bei der Platznahme der Schenkstube Kunst, bei der Besatzung befinden, und davon nicht abweichen.

8. Das Publikum muß sich jeder Mißhandlung der Einführung stellen, und siches Tugenden mit Dankbarkeit gesiegt werden.

9. Dem nötigen Tolle gegen Erordnungen oder Befehle der notwendigen Meubergate muß der Kasse zu ergreifen, und überführt zu werden, daß die Einführung als solches nicht weiter fortzusetzen mit unbedingtem Ernst und Munde geschehe, soll sich während der Exekution eine Ex-nicht-Verfahren in der Kasse befinden.

10. Nach vollzogener Einführung ist der Herrschaftliche, wenn er nicht gleich von dort in seinem Quartier abgeführt werden kann, auf dieselbe Art in der Gefängnis zurückzuführen, wie er an der Besatzung gebraucht wurde. Hiermit sind die Untergründe anzuweisen.

Münster den 29^{ten} November 1847

Der

das Königl. Regimentsgenie für den N. Kreis.
also verlassen werden.

oder bey der beschriebenen Eintheilung in Klassen vorwiegend das
ihnen angetrauten Staatsamtes fände. Hieraus ist sich zu
kündigen zu lassen.

München den 8^{ten} December 1817

Max Joseph.

Sein

Sein Königl. Excellenz-Graf
von Fürstentum an den geistlichen
für bey jenen Personen, welche durch
ihnen vorkommenden Amt, ein Kasten in
den Klassen abgeben, betra: (s. zum
Königlichen Brief II Artikel 207.)

Gr. Regierung
Stift

Königliche allersächliche Kanzlei
der General-Sekretair v. Sommer.

Stabsrath.
N^o 6.117.

180.

Königliche Leinwand.
Staats-Ministerium der Fürst.

Wegen der Einweisung der Militär-Beauftragten in die Provinz werden
unter dem Namen an den Königl. Excellenz-Grafen für den A. König
in der Stabsrath beizuliegende Befehlsschein vorzulegen, welche zum Auf-
stellung mitgetheilt wird.

München den 5^{ten} December 1817

Stift

Seiner Königl. Majestät allersächliche Kanzlei.
Gr. Regierung

Sein

Königl. Excellenz-Grafen des Kaisers.

Sein

Die Einweisung der Militär-Beauftragten
in die Provinz betraffen.

General-Sekretair
von Sommer

Artikel 218 & c.

4807.

182.

M. T. K.

Wir haben übereinstimmend bemerkt, daß die Strafschlichtung in der
 Sitzung der beiden Juristen N. N. nicht eine der Gesetze nicht un-
 genügend Weise geschehen ist.

1.) Es ist zu gleich richtig ist, daß wegen der mit vier ungenügend-
 natem, der besonders milden Umständen ^{wegen} (einzelnen) mit zuge-
 hörigen Arbeitslohn zu bestimmbaren Strafen in Einkünfte
 gesetzten und mit einjährigen Arbeitslohn Strafen zu bestimmenden
 müssen Strafen nach Art. 9. No. 3 Strafen ^{fest} vom 25 März
 1816 nicht zustrafen als nicht die höhere Strafgattung nicht überge-
 gangen worden kann, so folgt daraus gleichwohl nicht, daß bei einer
 einjährigen Arbeitslohn Strafen gesetzlich ist, und daß die weitere
 Strafe der Strafen mit der Milderung. Grund in Einkünfte ge-
 bracht werden dürfen. Eine solche Einkünfte kann bei Konkurrenz-
 nenden Abrechnungen nicht sein, wenn diese der
 Gattung nach geringere Strafen als die Hauptabrechnungen, nach sich
 ziehen. In einem Falle, in dem ungenügend ist, sollte, da das maxi-
 mum der Arbeitslohn Strafen ein ein Jahr übersteigen, worauf Art.
 109 § 3. April I der Verfassungsbücher die Strafen durch einen einjährigen
 Zusatz geschehen, und in dieser Art der N. zugeordnet werden sollen.

2.) Es ist ferner die Bestimmung der in Criminal verurtheilten Hin-
 richt nach ungenügend an sich in gleichem Maße gesetzten N. angesetzt,
 so konnte dieser aber so wenig zu 13½ als zu 10½ monatlich Gefängnis
 verurtheilt werden. Diese Strafschlichtung ist dem klaren Briefe
 der Artikel 99 No. 4 April I der Verfassungsbücher nicht entgegen.

Nach dieser Weise können bei Subjekt der Art, nicht die einzelnen
 im Gefängnis gesetzten Personen, und die jährlich verurtheilten
 Strafen in der Art, wie geschehen ist, in Anschlag gebracht, sondern
 es kann nur die Totalität der Strafen im allgemeinen verurtheilt werden.

Ar.

Arbeitskraft/Kraft kann nur erhalten, welche fortan in Ansehung
 des nimmermehr in einer zwölf Monate nimmer übersteigenden
 Gefängnis/Kraft verurtheilt werden muß. Ein solches unter
 gesetzten Umständen würde nicht, wie es im gegenwärtigen Falle
 wirklich geschehen ist, die gesetzliche Kraft in macedon übersteigern
 werden, was die Oberen Staatsorgane nimmer befreit sein können.

In künftigen Fällen hat sich nicht nur Oberer Verwaltungsrath
 gerichtet, sondern auch die untere Verwaltung.
 gerichtet für den N. Kreis die Befehlshaber zu sein.

München den 18^{ten} September 1817

Max Joseph

Graf v. Kraynberg.

Die Kraynberg'sche von dem
 Friedrich vom 25^{ten} März 1816 Art. 9 N. 3
 nach dem Kraynberg'schen G. I. Art. 99 Nr. 4
 betraffend.

Stef
 Königl. allersächsischer Befehl
 der General-Intendant
 v. Kemmer.

Abtheilung
 N. 6477.

183.
 Königlich Preuss.
 Staats-Ministerium der Gerechtigkeit.

Da der Artikel 51. Titel II des Kraynberg'schen von dem
 Kraynberg'schen von dem 11^{ten} März 1816 / (Regierungsblatt 1816 Nr. 21.)
 über die Befreiung der Angehörigen im Staatsdienst. Gefängnis zum Ge-
 gangenen hat, und die Befreiung aber dem Festung ist notwendig ist,
 und unter die übrigen fallen auf die Befreiung der Angehörigen, so ist zu einer
 allgemeinen Befreiung über die Befreiung, was der Königl. Verwaltung
 gerichtet in der Befreiung gegen den N. bemerkt hat, kein zureichender Grund
 vorhanden, besonders weil dieser Befehl sich als einen gesetzlichen Befehl be-
 zieht hat, gegen welche Befreiung. Maßregeln bei der Befreiung sind

Dem Gefängniß zum Gefängniß als gerichtlich anwesend.
Münster den 7. Januar 1818

^{Stuhl}
Seiner Königl. Majestät allerhöchsten Befehl
Ihr. Kriegerbaur.

^{Stu}
Der Königl. Oberappellationsgericht.
Die Befehlshaber des N.
betrifft
zum Artikel 51 G. II

Der
General. Sekretair
v. Sommer.

Abtheilung
N. 121.

^{c 184.}
Königreich Preußen.
Staats. Ministerium der Justiz.

Das Gefängniß eines begünstigten Knechtstübenhauses, wiewohl
wegen der im vorerwähnten Artikel in der Gefängniß und Knecht-
stube nicht begünstigten Kinder unter dem Hausen an das Appal-
lationsgericht für den N. Punkt die in Abtheilung begünstigten Gefängniß-
ung verfahren, welche zum Aufnahmestadt mitgeteilt sind.

Münster den 9. Januar 1818

^{Stuhl}
Seiner Majestät des Königs allerhöchsten Befehl.
Ihr. Kriegerbaur.

^{Stu}
Der Königl. Oberappellations-
gericht
Die im vorerwähnten Artikel in
der Gefängniß und Knechtstube nicht
begünstigten Kinder betriffend.
Zu Artikel 113 G. II.

Der
General. Sekretair
v. Sommer.

Abtheilung.ad 184.

M. I. K.

Abtheilung wird das Exzellenzdecret darüber einleitet.
 dem gemäss, dass Kinder nicht mit den verhafteten Muthern in Ge-
 fängnisse und Anstalten abgegeben werden, sondern dass
 Kinder von den Eltern für den Verbleib der Eltern in der Anstalt
 der Eltern nicht mitzubringen sondern Kinder getrennt polizeilich
 unter und Pflege anordnet werden.

München den 9^{ten} Januar 1818

An

das Königl. Exzellenzdecret für den N. Reichs-
 anlass werden.

AbtheilungN. 249.185

Königreich Bayern.

K. Min. d. d. d. d. d.

In der Folge folgt eine Abtheilung der internen Angelegenheiten an das
 Exzellenzdecret für den Obermainkreis anlassen, und den übrigen
 Provinzen zur Ausführung mitgetheilt. In dem von dem
 Anmer zu tragenden Punkte bei königlichen Anordnungen bekannt.
 München den 27^{ten} Januar 1818

Auf

Seiner Königl. Majestät allerhöchsten Befehl
 J. R. R. R.

An

das Königl. Exzellenzdecret

In dem von dem Anmer zu tragenden Punkte
 bekannt bei königlichen Anordnungen
 bekannt. zum Art. 409. G. II.

Den

General. R. R. R.
 v. R. R. R.

Abtheilung.ad 185.König. Befehl.

Rückkosten bey königlichen Verordnungen sind von den
 Unterzeichnungsstellen wahrhaftig anzuführen, daher auch Rückpflicht
 auf die Bestimmung des Hauptgesetzbuchs Art II Artikel 409, zu-
 erst von dem Befehlenden, oder dessen Mitbetheiligten, oder von dem
 andern Grundan: zum Gesetz der Hauptgesetzbuch, Art I Art. 79 80,
 für den zuständigen Personen, sodann von dem Befehlenden, oder von
 den Personen, welche denselben nach dem Eintritte des Urtheils pflichtig
 sind, und bey eintraktanten Mittellosigkeit aller dieser Personen von
 der Kammer. Nach der Befehl des Hauptgesetzes, sind auch in Ausübung
 hingehörender anderer Mittel von dem Kammer zu tragen. Das
 Königl. Dekretationsgesetz für den N. Kreis wird daher angewiesen,
 in allen zu dessen Ausführung als Anordnungen oder Verfügungen ge-
 langenden königlichen Verordnungen diese Grundsätze in Anwendung
 zu bringen, und sämtliche Unterzeichnungsstellen anzuführen, daß
 sie in allen vorkommenden Fällen die Vermögensverhältnisse der zur Aus-
 führung der Rückkosten verpflichteten Personen sorgfältig anzuführen
 müssen den 11^{ten} Januar 1818

Ist

Das Königl. Dekretationsgesetz für den N. Kreis also anlassen
 werden.

AbtheilungN. 1228.186.Königliche LaieNeuer Ministerium der Justiz.

Mit Gesetzen im Zusammenhang sind die Sammelblätter jedesmal
 zu Sammelung zeitweiliger Laie. Einstellungen unmittelbar an
 die allerspäteste Stelle einzubringen.

München den 11^{ten} März 1818

Ist

Ist Königl. Majestät allerspätesten Befehl.

Gr. Präfektur

Das N. Dekretationsgesetz
 die Sammelblätter der Laie
 Grille der: zum Art. 96 80 I

Der
 General-Sekretair
 v. Kemmer

Storrs
No. 821.

187.
Königreich Bayern.
Kleines Ministerium der Briefe.

Günstigstlich der Genehmigung der Statthalter 14 und 24 April II. Ad. Münch.
 gesetzlicher wegen Konkurrenz von Mitbestimmungen bei Verhandlungen und
 Aussagen, würde unter dem heutigen an das Königl. Appellationsgericht.
 nicht sein von N. K. Reich, die in Abschrift beizubringen Gutachten
 anlassen.
 München den 13. März 1818

Stuß
Ihrer Königl. Majestät allergnädigster Befehl.
Ihr. Knechtling.

Der Königl. Oberappellationsgericht
Die Anmeldung der Artikel 14
und 24 Z. II des Preussengesetzes
wegen Einführung von Mittheilungen
bey Anbauern u. Pächtern betr:

Dear
 General Sakatair
 v. Hermann.

Stbysnigt.

M. J. H.

Ergebnis.
Ein mit Brief vom 6^{ten} vorigen Monats gesallter Auftrags:
Ob, wenn jemand zugleich wegen eines Verbrechens und Ver-
urtheil pflichtig ist, und bey dem Angelegen einen Mitthätigen
hat, welcher nicht zugleich Mitthätiger des Verbrechens ist,
über diesen Mitthätigen das Criminal- oder das Civil. Verur-
theil zu erkennen sehn?
findet in dem Artikeln 14 und 24 Teil II des Pönalgesetzbuchs, vor-
kommen, mit dessen Bestimmung vom 17 Juny v. J. * über die Ver-
urtheilspflicht in dem dem Pönalgesetzbuch Teil II Artikel 355 be-
stimmt sollen ihre Entscheidung dahin, daß das Erkenntnis über
den Mitthätigen des Verbrechens demjenigen Gerichte zugeht, welches
über

* Liffay. Tammuliny N^o 170.

über den andern zügelnd wegen einer Sanction im künftigen Mit.
 schiedigen zu erkennen sei, daß jedoch in dem Urtheil über jenen Mit.
 schiedigen, welcher bloß ein Sanction zur Last stellt die eigentliche
 eine Civil Klage nicht angedeutet werden muß, in welcher das
 Exzallationsgericht über das Sanction zu kommt.

München den 13^{ten} März 1818

En

Das Königl. Exzallationsgericht für den A. Kreis
 erlassen worden. ~

Abtheilung.
 N^o 2073.

188.

Königreich Bayern
 Justiz-Ministerium des Reichs.

Hochachtungsvoll den von sämlichen Unterfürstlichen Kommissarien zu ver-
 schiedenen samstagen ditz. und Abzünge Kosten werden unter dem
 dazutheilen an das Königl. Exzallationsgericht für den A. Kreis
 in der Abtheilung beizugehende Aufschreibung erlassen, welche zur
 Einsammlung mitgetheilt wird.

München den 14^{ten} April 1818

Die

Seiner Königl. Majestät allerböchsten Befehl.
 Gr. Kabinetsekretär.

En

Das Königl. Exzallations-
 Gericht

den von sämlichen Unterfürstlichen
 Kommissarien zu ersetzenden ver-
 schiedenen ditz. u. Abzüngekosten.

betreffend.

zu. April II. Art. 2.

Der

General. Sekretär
 v. Sommer.

ad. 188

Abtschrift.

M. I. K.

Da das Exzallationsgericht für den N. Kreis in dem vor-
 stehenden Briefe selbst ankam, daß es gegen den Jurisconsulten
 wegen der sich zu erfüllen gebrauchten Verzögerung nicht mit Verurtheil
 ansetzen darf, so wird deshalb endlich angeschlossen, die bei dem
 Vorzuge der Untersuchungen - diesen maßgebenden Verzögerungen
 an den Jurisconsulten ausdrücklich zu setzen, welche am zweckmäßigsten
 durch Einbindung des Besatzes der verschiedenen Sitz- und Abzweig- Rufen
 geschieht. Man habe diesen Wunsch, daß die Untersuchungen,
 besonders gegen vorbestimmte Zeitpunkte, auf jede mögliche Weise be-
 schleunigt werden sollen, sehr maßhaltig zu erkennen gegeben; dagegen
 hat keine Entschuldigung statt, wenn nicht eine Unmöglichkeit vorliegt,
 und wenn die dem Gerichtshofe zustehende Pflicht verpflichtet sei, im
 Disziplinare Wege gerügt vorzuschreiten. Die für die geliebte Land-
 lung des Jurisconsulten in der neuen Untersuchung angegebenen Gründe
 sind ungenügend, da außer dem Willen vom 11^{ten} Februar bis 11^{ten}
 März, auf dem 6^{ten} April an die Sonntage der 2^{ten} Sonntage (nicht)
 mehr gesendet war, und von anderen dringenden Geschäften, welche das
 Exzallationsgericht benutzte, nicht ablassen will, in dem Diarium nicht)
 enthalten ist, eine Verantwortung über, wenn solche notwendig beschleunigen
 man, sollte eingeleitet werden können.

Uebigens ist auch die vorstehende die Erinnerung der
 Diarium die unklare Aufmerksamkeit zu rufen. Das dem N. Hofe Okt bei-
 liegende geht für die Tage, an welchen nicht gescheit, gar keine Ursache
 an, die sich spezifisch angestrichen werden sollen.

Münster den 14 April 1818

Du

Der Königl. Exzallationsgericht für den N. Kreis
 also verlassen werden.

Abtheilung
N. 2077

189.
Königreich Bayern.
Kriegs-Ministerium der Krieg.

Einführung der Unterführung und Bestrafung in den Fällen, wo Exile
Personen nicht gemindert werden, sondern straflos, bestraft werden,
wobei auf Verurteilung und Bestrafung in Bezug auf ein Militär-
vergehen konstatirt, wurde unter dem Datum an das Königl. Appellations-
gericht für den N. Kreis die in Abtheilung mitfolgende Aufstellung erlassen.
München den 14^{ten} April 1888.

Stef
Seiner Königl. Majestät allerhöchster Befehl
Hr. Regierung.

Der
das Königl. Appellations-

Gericht.
Die Unterführung und Bestrafung
in den Fällen, wo Exile Personen
nicht gemindert werden, sondern
straflos bestraft werden, wo
bei auf Verurteilung und Be-
strafung in Bezug auf ein
Militär-Vergehen
bestrafend.

Der,
General-Sekretär
v. Sommer.

zu H. II Art. 27.

Abtheilung. M. J. K.

Wir haben über die von dem 16^{ten} präsentirt 26^{ten} für
beider hohen Justiz, die Unterführungsfälle gegen N. bestrafend, insbesond.
liche schriftlichen Notizen anstatten lassen, und befehlen, mir folgt:

Der

Da in Sitten, wo eine Eigel Kampen sind gemeinen Spanneisen
 oder Spanneisen befähigt ist, und somit auf die Spindelführung und Salai-
 zierung in Bezug auf die Militair. Diese Konkurrenz, bei der Bildung eines
 gemeinen Genieles muss Aufstände berücksichtigen der Unterführung und Br.
 Strahlung, einhalten, so verwenden Esir, das in der Anwendung fallen, wo.
 unter der Unterführungsfarbe gegen N. zu setzen ist, die Anwendung eines
 gemeinen Genieles eingehen, und die Unterführung und Strahlung unter
 Mithilfe des über die primäre Zeit aufzunehmenden Informationsaktas
 dem ordentlichen Genieles der Angewandten coriois modo übertragen,
 und seiner Zeit das verlassene Bekanntnis der bekannten Militair Br.
 fände kommuniziert werden.

Es ist übrigens derjenige in der Genieles ungenügend soll betriebl,
 wenn nämlich eine dritte Eigel Kampen mit in Bezug auf ein gemeines
 Spanneisen oder Spanneisen mit dem Ueber der primären Zeit kon-
 kurriert, so ist eine solche Zeit, ohne allen Einfluss der Militair. Be-
 sonder, zur alleinigen Equitation des ordentlichen Genieles der Angew.
 pflichten geeignet.

München den 14^{ten} April 1818

Der

des Königs: Exzellenzgenieles für den N. Paris
 also verlassene worden

Abtheilung
Nº 2,138.

190.
Königlich Preuss.
Staats-Ministerium der Justiz.

Das am 21^{ten} dinstags Monats an sämtliche Obergerichtsgerichte mit
Einkaufsgerichten und Pfandbriefen, welche dem Reichsgericht, die Landesgerichte,
Gerichte für die Angelegenheiten und Aufbringung von Grundbesitz betreffen,
sind somit in Abtheilung mitgetheilt.

Ministerium den 21^{ten} April 1818

Erst
Seiner Königl. Majestät allerhöchsten Befehl.
Jr. Kabinetsekretär.

Im
Das Königl. Obergerichts-
Gericht.
Die Landesgerichte und Gerichte
für die Angelegenheiten und Aufbringung
von Grundbesitz betreffen.
zu §. II Art. 87.

Der
General-Sekretär
v. Sommer.

Abtheilung.

M. J. K.

Es giebt Fälle, wo gewisse Landesgerichte und Gerichte für die Angelegenheiten
und Aufbringung gewisser Arten von Grundbesitz schon im Allgemeinen
gesetzlich zugewiesen sind, z. B. in der Verordnung vom 9^{ten} August 1806 § 18
Kriegs-Statut vom 1806 Nr. 297.

Es giebt andere Fälle, wo gewisse Landesgerichte in Gemäßheit
des Art. 87 § II des Grundgesetzes zugewiesen werden sollen können.
Wenn in solchen Fällen ein Grundbesitz oder eine andere Sache einem
Gericht

Handwritten anzeigen oder einbringen, und man es geneigentlich gezeigst -
um die Entlohnung zum Protokoll bittet, so hat sich das anerkannte Exgal-
lationsgarnist jedesmal nachfolgendermaßen zu benachmen.

I. In dem Dekret, mit welchem das obelste Dekret mit dem Elktor
an das Unterfürstliche Gericht zurückgeschickt wird, ist demselben genau zu
eröffnen,

a.) Ob dem Anzeiger oder Einbringer die Entlohnungen und Ge-
lde zu erweisen seien, oder nicht?

b.) Sind demselben zu erweisen, und zwar

1.) Sind dem Anzeiger das Anzeigegeld; so ist das Unterfürstliche
Gericht anzuzeigen, demselben gleich dem übrigen Prozess. Kosten aus dem
Anzeiger das Anzeigegeld zu zahlen.

2.) Wenn aber in den Konten der Anzeiger oder Einbringer
Gehälter anderer an sich oder wenigstens substituirt dem Anzeiger zu
Lohn stehen; so ist an das Unterfürstliche Gericht die Anzeige zu lassen,
dass bei der beizulohnenden Person, Anzeigung für einen Anzeiger zu machen,
und um die Anzeige dieser Gehälter gehörig nachzuweisen haben.

c.) Können nicht im gegebenen Falle eine Entlohnung dieser Gehälter
keine gerechtfertigte Anzeige steht finden, so ist in dem genannten Dekret der
Antrag des Anzeigers oder Einbringers förmlich abzuschlagen mit Anführung
der Gründe, warum? z. B. weil der Angezeigte nicht persönlich bezeugt
worden ist.

II. Diese vom anerkannten Exgalations-Garnist vorgeschlagenen Anzeigen
hat das Unterfürstliche Gericht nach eingetragener Aufklärung des Anzeigers
einen gezeigten Dekret mit dem Anzeiger oder Einbringer, und wenn dieser ein
Gutdame war, seiner vorgeschlagenen Dienstbesonderheit Abschrift bekannt zu
machen. Auf diese sind daher die Unterfürstlichen Gerichte jedesmal anzuzeigen.

München den 21^{ten} April 1818

Der

höchste Exgalationsgarnist des Königs
also erlassen.

Abtschrift
N. 2590.

191.
Königreich Bayern.
Kant. Ministerium der Justiz

Eingeführt der Untersuchung der Eigenschaft von wegen Beleidigung der
Gendarmen im Dienste, wurde am 3^{ten} dinstag Monat an der Gendarmen
Eingef. Commune der in Abtschrift beiliegenden Auftrags verlesen, welcher
unter dem höchsten förmlichen Appellationsgericht der Kaiser zur
Durchführung der Untersuchungen mitgeteilt wurde.

München den 8^{ten} März 1818

St
Ihnen Königlich Majestät allerhöchsten Befehl
der Anweisung.

An
der Königl. Kammerallm.
Gericht.
Die Untersuchung der Eigensch.
von wegen Beleidigung der
Gendarmen im Dienste betr.
zu Theil II Art. 27.

Der
General-Sekretair
v. Nernner.

Abtschrift
ad. N. 2590.

M. J. W.

Machdem zu Folge des 89^{ten} dinstags Kabinetts-Befehls vom
15^{ten} April vorigen Jahres die Beleidigungen und Mißhandlungen der Polizeimeister
und Patrouillen von Eigenschaft von wegen Beleidigung der
Gendarmen im Dienste betr. und ferner kein Untersuchungs- oder Auftrags- bez. der
Gendarmen. Eingef. gemacht wurde, so erklärt sich durch diesen Befehl
von selbst, daß diesen 8 abwechselnd auf die Befehl und Befehl künf-
tiger Beleidigungen und Mißhandlungen der Gendarmen im Dienste ange-
ordnet, daß auf solche von gemischtem Gericht genommen werden müssen.
da

Da aber bei diesem Einge mit fähigen, als bei dem übrigen
Linien Militair sich Unterbefehlungen wegen Befehlungen der Gendarmen im
Dienst angaben, und durch die ganze Unterbefehlung, und die ganz richtigen An-
stellungen der Gendarmen bei der Bildung gemischter Unterbefehlungen. Ge-
richte wichtige Befehlungen nicht erhalten werden, die daher schon die
Vollständigkeit herbeiführen, daher Unterbefehlungen nicht Civil-
gerichte zu übertragen, so soll es auch bei dieser - dem Dienst nicht
unmöglich, dagegen mehrere der Befehlungen befähigenden Anordnungen
in Bezug auf Gendarmen früher schon sehr sein. Es bleibt aber
auch dieser Unterbefehlungen nach Commissionen modo allein
durch die Civil- Unterbefehlungen ohne weiteren Aufwand gesichert werden.

Das - von dem Gendarmen - Einge - Einnahme dieser über die Ge-
haltung der Befehlungen - Befehlungen nicht möglich ist - die Gendarmen
im Dienst beauftragten und misshandelt - Civil- Personen aufgeben be-
stehen, wegen der für die übertragenen Befehlungen der Milit-
lair. Gerichte ist mehrere durch die für solche Fälle angewendeten gemischten
Gerichte an sich schon notwendig, indem dem Civil- Personen, die für nicht ein-
seitig durch ein Militair, sondern zugleich auch der Civilgerichte unterstellt
und abgeurteilt werden, denselben der Befehl der Befehlungen, zu Folge
der civilgerichtlichen Befehlungen und Befehl der Befehligen Anordnungen
im Befehlgebühren Befehl gegeben.

Wir haben das übrige durch mehrere Angelegenheiten, dass die
für gemischte Gerichte angewendeten Fälle, wenn darunter Befehlungen oder Miss-
handlungen im Dienst, oder wegen der Dienst selbst geschehen werden, keine Frage
schon genug begründet sind, zur Verhängung einer, sehr unangenehmen Ein-
wirkung werden daher in den Anmerkungen zum Artikel 405 nach dem Titel der
Verfassungsgesetze (I. Band III. Seite 243.) unter Ziffer 3 begründeten vier Fälle
Lit. a, b, c und d somit abschließend als die Befehlungen zu einem gemischten
Gerichte bei sich, und das Ergebnis. Auf dem Gendarmen - Einge - Einnahme wird
dieses zur genaueren Beobachtung in den nachkommenden Fällen allgemäsig
angewendet.

München, den 3^{ten} März 1818

Da der Gendarmen Einge - Einnahme sehr unangenehm.

Abhysnilt
N. 3038

192
Rönigk's Saimm
Haut. Saimm Saimm Saimm

Die unter dem heutigen an das königliche Appellationsgericht für
den A. Kreis anlassende Zuführung der Münzfürsorge in die Kreuzst.
kosten bey der Journal Aufnahme betrachtet, wird somit in
f. Abschrift mitgetheilt.

Miner's Inn 3rd June 1818

Platz

Seiner Königl. Majestät allerdurchl. von Sachsen
Gz. Reichsbesorg.

Plu. Lub

Penaxallations. Janist do

Königsmits Lauen

Die Journalführung in der Französischen
Rechnung bey der Journal. Ueber-
sichtung betrachtet.

Der
Journal. Sakratu
v. Nemmer

Stoffmisch

Thyl p.

Dasjenige in Ansehung der Kosten, welche für den
Anschluß der General- und im Ansehung des Art. II
Artikel 404 angedeuteten Grundgesetz, welcher sowohl bei der General- als
bei der Spezial-Untersuchung seiner Wirkungen eintritt. Ob ein solches Ver-
fahren notwendig sei, welches bei Anstellung der Untersuchung eine An-
weisung in die Kosten nach sich ziehen kann, bleibt in jedem Falle dem
möglichsten Falle der richterlichen Entscheidung überlassen. Dieses wird dem
königlichen Appellationsgericht für den A. Kreis nach dessen Anordnung. Sonst zum
21^{ten} Februar vorigen und 18^{ten} Mai dieses Jahres angesetzt.

Memphis Tenn 3rd June 1818

Itu

Der König: Appellationen sind für den A. Kreis also unzulässig.

Zum Antikal 404 Gril II

Abtheilung
N^o 3061

193.
Königreich Preussen
Staats-Ministerium der Justiz.

Die unterzeichneten an das Exzellenzministerium für den N. Kreis
wegen Befragung des N. unlesbaren Schriftstellers wird in Abtheilung
mitgetheilt.

Ministerium den 9^{ten} Juni 1868

Stell
Ihrem Königlichem Majestät allerselbst dem Befehl.
Jr. Kabinet-Secretär

St
Ihr Königl. Exzellenzministerium
die Befragung des N.
wegen Befragung des N.

Der
General-Sekretär
v. Sommer.

Abtheilung

M. F. R.

Die unterzeichneten die Befragung des N. nicht zugehörig, ja nicht der
brit. Staat. Hierin begreifen wir folgende Gründe:

Es ist zwar ganz richtig, dass N. im Jahr 1816 wegen eines geringen
früheren Diebstahls an einem seiner milden Stiften zum Antritt eines
ein Jahr vorübergeht worden ist.

Allein wenn damals das Gesetz vom 25^{ten} März 1816 schon gültig war,
so hätte nicht von einem unbegrenzten Diebstahl nach Artikel 218
N^o 3 Titel I. des Preussischen Strafgesetzbuchs, sondern nur von einem Polizey-Verbrechen
unter einem beschränkten Umfange nach Artikel I und II N^o 2 des Gesetzes
über die Strafen der Preuss. Gesetzgebung, abgesehen werden können. Hierin besteht auch die
Ungleichheit, wenn N. damals bei der vorgenannten Revision der Gesetze
wegen des unbegrenzten Diebstahls ohne weiteres verurtheilt worden ist.

Sehr

5
Sehr dankbar für die unermüdete im mittleren Ansehen mit
großer Freude Anteilnahme bedachten Dirb'schaft, war mir N. immer
kannbar mitschuldig. Allein nach der Analogie und nach dem Ende der
der Novelle vom 10^{ten} Dezember 1814 / Litzengrader Sammlung Num. 62 /
„ Laß dir dieß nicht Unken-Entscheidungs-Verfahren zum Artikel
„ & der Kommunikation. Patente Rückficht zu nehmen sey, was fast
„ von selbst.“

Da sogar mich selbst an der Appellationen-Gesellschaft für den N. Kreis
erlassenen Verordnungen vom 11^{ten} März 1816 / Litzengrader Sammlung N. 139 und
Sachbücher Band I Seite 211. / Einste bei Einmündung der Rückficht-
Verfahren & Einmündungsmethoden, welche den N. vornehmlich nach der Einmündung
Verordnung der Artikel 21, Teil I der Verordnungen. Einste zurückkommt
wenden war, sondern mich jenseit, die ich nach dem Rückficht vom 15^{ten} März
1816 getragenen haben würde.

Da mir diese letzte mir in Erfahrung der allmählichen Veränderung
Lage befiel, in Erfahrung der aber bei der fünfzigjährigen langen Einmündung
Verfahren der Entscheidung einiger Lage oder Eszen wegen der Konvention
von Einmündung und Einmündung Urabstimmung, müssen mich wegen der Rück-
ficht hinsichtlich der Einmündung - Einmündung und beim mathematischen Einmündung.
krit bei Einmündung der Verfahren beabsichtigt wissen will / Novelle vom
4^{ten} Mai 1816 Litzengrader Sammlung N. 139.3. / so müßte ich im gegenwärtigen
Fall, bei einer Einmündung, welche mich grob der fünfzigjährigen Lage Anteil-
nahme und Einmündung wenden müßten - lediglich bei einer gegenwärtigen
Entscheidungs-Verfahren beenden.

München den 9^{ten} März 1818

Der

der Königl. Appellationen-Gesellschaft für den N. Kreis also
anlassen werden.

Zum Artikel 111. Teil I.

& zu dem gegenwärtigen grob der fünfzigjährigen Anteil-
nahme der Einmündung Verfahren

Abtheilung
Nr. 1189

194.

Römerreich Kaiserin.
Staat-Ministerium des Innern.

Das für die an das kaiserliche Appellationsgericht des N. Reichs
erlassenen Beschlüsse einen Zweifel über das Verhängnis des
H. in der Abtheilung mitgeteilt. Zugleich folgen die Akten des Ober-
appellations-Gerichts, woraus sich von obigen Gerichten bezogen
würden, hier zurück.

München den 9^{ten} Januar 1819

Seiner Königlich Majestät allerdurchlauchtigsten Kaiser
Gnädigste Befehl

Der
des Oberappellations-Gerichts

Der
Ersuchen des Oberappellations-
gerichts des Unter-Donau-
Reichs wegen eines Zweifels
über das Verhängnis des

Der
General-Sekretair
v. Semmer

Abtheilung.

M. J. R.

Wir anerkennen dem Appellations-Gericht aus der beifolgenden
Ersuchen vom 13^{ten} genantet 21^{ten} November vorigen Besatz. Das die straf-
gerichtlichen Unterfügung-Akten zum Schluss eines Einzel-Prozesses
rückfichtlich der aus der Oberverwaltung mit Standen gerichtlichen
Bestimmungen wegen Schad. Entschäd. Genugthuung, Kosten d. der An-
walt des Subjektivten auf Verlangen des Reichs vorgelegt worden
sind. Die Beilagen des Gerichts folgen zurück.

München den 9^{ten} Januar 1819

Der
des Appellations-Gerichts des Unter-Donau-
Reichs also verfahren.

Abk. Schrift
Nr 1562

195.

Rüchgräf Saarn.
Staats Ministerium der Briefe.

Einfachlich der Einladung der Anfragen der Unterrichts-
über das Verfassungsgesetzbuch, welche heute an das Königl. Regent.
latenamt für den N. Reich die in Abk. Schrift beiliegende aller-
höchste Befehlsschrift vorlesen.

München den 9^{ten} Januar 1819

^{Stuhl}
Ihrer Königl. Majestät allhöchster Befehl
zur Ausführung.

An
das Königl. Staatscollation.
Gen. d. Reichs

Die

Einladung der Anfragen der
Unterrichts über das Verfassungsgesetz-
buch beiliegend.

Der
Gen. d. Reichs
v. Aemern.

Abk. Schrift.

M. J. P.

Wenn schon in Ausführung derjenigen Befehle, welche das
Regentamt für den N. Reich die in Abk. Schrift beiliegende aller-
höchste Befehlsschrift vorlesen, und Und. Reichs Befehl vom 30^{ten}
November genantend 8^{ten} Dezember vorigen Jahres vorgelegt hat, nach
stehende Einrichtungen zu machen.

I.

Die ersten der Anfragen beiliegend.

Es mißt in Fällen einer Konjunktur, wo es noch unbestimmt und zweifelhaft ist, ob die Mißhandlung oder Verwundung bedrohend sey oder nicht, mißt ob sie sich zur polizeylischen oder strafrechtlichen Untersuchung und Bestrafung eignet? - Die Befristigung des Befristigten durch den Gerichtshof allein geschieht, und wenn die Befristigung von diesem ganz gesehlos erkannt wird, sich auch nach dem von ihm angegebenen Merkmalen nur zur polizeylischen Untersuchung und Bestrafung eignet, die förmliche gerichtliche Untersuchung unterlassen werden dürfen, oder gleichwohl zulässig vorzunehmen sey?

So haben wir die auf die Anfrage nach dem Fortschritte der Verhandlungen des Artikels 49 Teil II des Verfassungsbüchels als Regel ganz angemessen gefunden.

Nun kann, wenn Fälle vorkommen, wo es wegen ^{ganz} unklarheit und allgemein einleitender Unbestimmtheit der Verfassung auf die Fälle deutlich ist, daß man einem Angeklagten so wenig, als von einem Anbeter die Rechte sagen kann, zur Befristung im öffentlichen Recht eine förmliche Untersuchung anstellen werden. In solchen Fällen kann jedoch die Untersuchung: Befristet zulässig als polizeylische, und in dieser Eigenschaft mag die Befristung vom Gericht angeordnet werden unbedenklich vorzunehmen lassen.

II.

Die fünfte Anfrage betraf:

Wir haben gesehen, die sich auf Artikel 206 Num. 1. Teil II des Verfassungsbüchels der gegen einander abzuliegenden Gesetzgebung aufzuheben dürfen, alsdann, wenn sie in einer Congruenz als Mitinhaber, Gesellschafter oder Liquidator stehen, unter sich congruent sein können?

So haben wir die auftragenden Untersuchungen gegeben. Lautmontung der bestanden Gesetze nicht diesem angemessen gefunden, indem der Schuldige, welcher einen anderen als seinen Mitschuldigen nennt

mannt und angezeigt, nicht rein unter der Hand eines Zeugen, sondern
weit mehr unter der Aufsicht eines Amtmanns geschehen werden
kann.

Es ist daher und so weit, als eine Person der angegebenen
Art in einem Verfahren der Unterzeichnung dem Gerichte als Mit-
schuldigen genannt und in Urtheil gebracht hat, findet eine Con-
sultation der Person als Aministrator, — in welcher Eigenschaft Sie in
Unserem (Kriegs) vom 28^{ten} September 1813. (S. 109) Nr. 26.) vorgezeichneten Befehl keine Veränderung anzuwenden ist, —
mit der andern längeren Person unter allen Umständen und
ohne weitere Fiktion, wenn nicht der Confrontant in seiner eigenen
eventuellen Eigenschaft als Zeuge (Artikel 284 Teil II.) zur
Abklärung der Confrontation besondere Gründe vorzubringen
vermag, welche vom Gerichte dazu nach Artikel 220 § 2. Teil II
als hinreichend bestimmt werden sind.

III.

Um allermühsamsten haben wir endlich die Verantwortung der
jeden Sache richtig gefunden:

ob ein im förmlichen Verfahren, oder in der Qualität als
verdächtigter Zeuge vom Amtmann abgeleitet, um sich hinreichend
gläubigendes Gesandnis auf in Spannend Fällen der Person
wegen in einem verdächtigten Person wiederholt werden muss?
Die besagte Antwort stimmt wieder mit der allgemeinen Sa-
mmelungen über die Natur des in Spannend Fällen zu beobachten.
Der Paragraph (V. Anmerkungen zum Nachgesetzbuch Band I. Seite
30. 31. Nr. 3.) weis mit der Anwendung des Artikels 162 Teil II über-
ein, mit dem Dispositionen in Artikel 464 und 468, des 470 Teil II
in der nächsten Verbindung stehen, und vorant sich ergibt, dass wenn
der Verdächtige im förmlichen Verfahren Gesandnis abgelegt hat, —
in Spannend Fällen gar kein Einkommen auf Grunduntersuchung,
und

und gar kein andeutliches Spannen vorwärt zu se. und daß Sie im
 Artikel 470 Titel II vonkommende Punkt, erstes Spannen ant-
 worten dem fünften Spannen der Sie mir vom ersten
 andeutlichen Spannen in Füllen, wo gegen den ersten längsten
 Angeschuldigten nach Gültigkeitsprüfung falls erkannt werden
 müßten, zu verfahren sey.

Es kann daher keinem gegnerischen Zweifel unterliegen,
 daß in Angelegenheiten, wenn der Angeschuldigte im fünften
 Spannen, oder als anderweitiger Zeuge genommen, sein Spannen
 unbeständig zusammenhängend und so weiter, ringsumstand hat ihm
 Befriedigung in einem andeutlichen Spannen keineswegs möglich sey.
 Daß der Angekündigte vielmehr gleich zum Schluß und Fortset-
 zung des Spannen sprechen können.

Daß den übrigen Anspruchs-Punkten haben Sie nicht
 zu erinnern gesehen.

München den 9^{ten} Januar 1819

Ihre
 Das Königlich Appellationsgericht für den N. Kreis
 also verfahren werden.

Abgeurteilt
Nr. 2489.

196
 Königlich Bayer
 Staats-Ministerium der Justiz.

Die wegen Aufstellung der Zeugnisse über das Betragen der
 Wäpflinge nach Ablauf von fünf Jahren der Wäpflinge am 21^{ten}
 dieses Monats an die Königlich Regierungen der Herz. Oberbair.
 Regat. Regem. Oberbair. und Untermainkreis) verfahren nachfolgenden
 Befehlens sind unter Gültigen sämtlichen Appellationsgerichten
 des

Das Königsrath mitgetheilt.

„Nachdem Stuzigen anbringen, daß die allersächst. Ent-
schliessung vom 23^{ten} März 1819 Litt. Sammlung N^o 167 in
Betreff der Zünger der Knäpfe-Kommisſionen über
das Betragen der Knäpfe nicht gehörig beachtet, und
dieselbe verspätete Vorlage dieser Zünger mancher Seits
an der ihr gesetzlich zugehörigen Befugnis ein Knäpfe-
entscheidungsrecht verleiht, so beschloß Seine Königl. Majestät, daß
die Knäpfe-Kommisſionen mit allem Nachdruck zum ge-
wöhnlichen Halbjahr der beschriebenen Anwendung angewiesen, und
für die gemüßte Befolgung derselben verantwortlich gemacht
werden sollen.“

München den 23^{ten} Januar 1819

Die

Seine Königl. Majestät allersächst. Befehl.

Da

Das Königl. Oberappellations-

Gericht

Die Zünger über das Betragen
der Knäpfe nach Ablauf von
einer Vierteljahr der Knäpfezeit
betreffend.

Der

Genral. Sekretair
v. Kemmer.

Abtheilung.
N. 2682.

197.
Königlich Preuss.
Staats-Ministerium der Justiz

Es setzen sich bey Revision der Unterföhrungskosten Aufwände
angehen, wenn die ankommenden Gerichtskosten bey Ueberbindung
insgesamt sich nicht zu hoch zu verhalten pflegt, und die allgemeinen Aus-
drücke: Prozesskosten bedürfen.

Da es bey Unterföhrungen sehr verschiedenartige Kosten
gibt, eigentliche Prozesskosten, Verzögerungskosten, Inspektionskosten,
Rückkosten, und Schlichtungskosten. Diese aber, wenn der Eingeklagte selbst nicht
in sämtliche Kosten eintritt, werden nicht kommen, den bey bestimmten Gesetzen
nach bey der Ueberbindung nicht andere Personen sich nicht immer nach
einerley Grundsätzen verhalten lassen, so werden sämtliche ankommende
Gerichtskosten somit ungenügend, sich in den angegebenen Bekanntnissen nicht
allgemeiner Ausdruck: Unterföhrungskosten oder Prozesskosten zu be-
stehen, vielmehr die einzelnen Arten der Kosten genauer zu bezeichnen,
zum Zweck:

- „ die eigentlichen Unterföhrungs- und die Verzögerungskosten sollen wegen
- „ Mithilfsigkeit der Jurisprudenz der Staatskasse, oder der Gerichtskasse
- „ zur Last. Aus gleichem Grunde sind dem Defensor aber daher die ge-
„ setzlichen Diäten und Anwaltsgebühren zu gewähren. Die Rückkosten der
- „ ^{aber} Inspektionskosten sind aus der Staatskasse seiner Verantwortung zu bestritten, z. Z.

Hierbey wird noch besonders die gemeine Beobachtung der allerhöchsten Verord-
nung vom 16. Dezember 1817 (Rechtsblatt: von 1817 Seite 1022) in Erinnerung
gebracht. Die Revisions-Revision ist allerdings befohlen, diejenigen Arten von
Kosten, zu deren Ueberföhrung kein Grund im Urtheile liegt, zu streichen,
und sich nicht, wenn dieselbe geschieht, der ankommenden Gerichtskosten selbst manchen.
bey Unannehmlichkeiten und Reklamationen auszusetzt setzen würde. Hiermit
ist sich zu verstehen.

Dies

Ministerium den 3. Februar 1819.

Präsident allerhöchsten Befehl.

Fr. v. Kriegerberg

Der
Landrath: Oberappellations-Gericht.
Die Abfertigung der Prozesskosten
Bekanntnisse in Angelegenheit der
Rechtsmittel bestritten.

Der
General-Sekretär
v. Sommer.

St. Ignace.
N.º 2961.

198.
Rögnarilf Laison.
Kunst Minstarium der Kunst.

Nun dem hinsichtlich des geistlichen Einflusses bey den Gekrankten in:
 dem Hospitalen an das Annullationsgericht für den N. Kreis vorgegangen
 allerley dem Kassenrathe, wird somit eine Abschrift zur Einsicht
 mitgetheilt. —
 München den 23^{ten} Februar 1819
 D. 11

Seiner Königl. Majestät allergnädigsten Befehl.
Geh. Rath v. Rosenberg

The
 Carriage: Wagonage
 Freight.

Im grössten Eufel bey den
Gelehrten Lehr:

Journal Saknabain
s. Sommer

Physicist.

W. J. F.

Wir genehmigen Sie mit dem 15^{ten} März 18^{ten} des vorigen Monats
aus Laßnitz Gülden, den geistlichen Rath bei den Gesandten betragende
jedes unter folgenden näheren Bestimmungen.

1. Der Einfluss der Erbsengenen Tugend Geistes ist von Zeit zu Zeit
besonders von bemerkenswerthen Folgen begleitet, oder dass solches gerade in zu
dem Momente unbedeutend ist, zu geschweigen;

2. in der Regel ist dem Ober-Mannar von Seiten der Regierung der
sach, in dem Sinne der liegenden Gesetzgebung, zu übertragen, und nicht, wenn
von Seiten der Unterregierung. Besondere Anordnungen darüber, obgleich, ist
nicht ganzflüssiger Kommunikation mit dem Lokale, ein benachbarter Ort.
sagen zu müssen.

3. Das ne Euerer Son Kellisten Son Geistlichen gemäß ist, sich alle
 Day Son

Sie zu vollstücken, was auch die gewöhnliche Unterzeichnung Sie zu
haben kann; so sind dieselben ferner im Allgemeinen singulär, und
ohne ein förmliches Handgelübde zu fordern; und die

4. Die normalen Geistlichen bei der gewöhnlichen Erfüllung ihres
Amtes die gewöhnliche Rückversicherung in Bezug auf Exkommunikation zu er-
warten haben; so bedarf es wegen dieses einzelnen Exkommunikations
keiner besonderen Versicherung.

Nach diesen Bestimmungen ist die Abreise zu vollstücken. Die
Sitzungen des Consistoriums folgen zuvörderst.

Münster den 23^{ten} Februar 1819

Die
das Dekretationsgericht des N. Consistoriums also vollstücken werden.

Abtheilung
No 3725

199

Maximilian Joseph
von Gottes Gnaden König von Bayern.

Wir haben Euch in der Unterzeichnung des gegen N. im
sich schriftlichen Wortes anstehen lassen, und wollen, daß N. mit einem
ausdrücklichen Verweise darüber, daß er in seiner auf den niedrigen Ver-
fassung als zugehörige Umstände angegeben, die er bei seiner fortgesetzten
Veranlassung als missichtlich falsch wiederholt, belegt, sondern aber ohne
weiteren Entschuldigung auch seinen Fuß gesetzt wurde. Hierzu bringen Euch
folgende Gründe:

1. Daß die Verleumdung eines höchsten niedrigen Zeugnis angesetzt.
wegen davon N. schriftlich gezeugt worden ist, so hatten wir ganz
dieselben Gründe ein, und davon erst am 12^{ten} April 1815. (Anzeige Sammlung
N^o 84) auch anstehend nachlässig gestanden das Dekretationsgericht des
Consistoriums N. eine gänzliche Unvollständigkeit haben angedeutet lassen. Diese
Gründe finden sich in den Befehlen der Gesetzgebung und Anordnungen des
Consistoriums

Das Königlich Preussische Land I. Nr. 296 und folgende, und ist nicht
zu misskennen, dass sie eben so gut auf den Fall, wenn der junge plötz-
lich den Unschuldigen Inzornat, als auf den Fall zu sein, wo er
selbst gegen den Angeklagten Inzornat hat. Dasselbe war bei Michael N.,
dieses ist bei N. der Fall. Beide Fälle sind sich im Wesentlichen ganz
gleich, sind nur in zufälligen Umständen verschieden. Unter diese
gesenkt besonders der Umstand, dass das Michael N. plötzliche Zeugnis gar
keine Folgen gehabt, auf das plötzliche Zeugnis das N. aber gegen die Vik-
toria N. die Spezial Untersuchung erkannt worden ist. Allein
auf diesen Umstand kann, keinen Unterschied in Absicht auf die ange-
wandten Rechtsätze begründen, weil N. ohne Rücksicht auf seine
selbst anerkennen, dass in einem Zeitpunkte zurückgenommen
hat, wo sie noch keinen Schaden, das heißt, keine Strafe begründen,
und wo selbst die Folgen der verhängten Spezial-Untersuchung durch
ein Unschuld-Verkenntnis, und durch Honorsfall der Entschuldigungsklage,
so wie wirklich geschehen ist, von der Viktoria N. vollkommen abge-
wandelt werden konnten. Bei dieser nur ausserordentlichen Prozedur.
hat nur einer dieser Fälle eben so, wie der andere zu behandeln. 7.

Münster den 11^{ten} April 1819

Max Joseph.

E. R. R. R. R. R.

Das Königlich Preussische Land I. Nr. 296 und folgende.

Genügt

Ein

Untersuchungsführer gegen
N. bezeugend.

Die

Königliche allersächliche Befehl

Der

General-Intendant

v. Hammer.

Abſchrift
N. 4. 7777

200.

Röignairſ Bureau.
Staats-Miniſterium der Gefe.

Einſieſſlich der Kommandierung. Einſieſſlich der Appellations-Geneſſe
der N. Kommandierung mit dem Gefe. Kommando der Gendarmerie,
wegen Einſieſſung eines Gendarmen im Dienſte, wurde unter
dem Gefe. an der Königl. Appellations-Geneſſe für den N.
Kommandierung in Abſchrift mitſolgender allerhöchſten Entſcheidung
laſſen.

München den 18^{ten} März 1819

Unter Königl. Maj. mit allerhöchſtem Befehl.
In. Original

Ihr

der Königl. Oberappellations-
Geneſſe.

Dem Kommandierung. Einſieſſlich der Appel-
lations-Geneſſe der N. Kommandierung mit dem
Gefe. Kommando der Gendarmerie
wegen Einſieſſung eines Gendarmen
im Dienſte beſtanden.

Dem
General. Sekretair
v. Hemmer.

Abſchrift.

M. J. K.

Wir ſehen Sie und den mit Geneſſe vom 23^{ten} Monigen
genäſſend 3^{ten} dieſes Monats kongregierten Kollegial- und Entſcheidungs-
Akten, der Kommandierung Einſieſſlich der Appellations-Geneſſe der N. Kommandierung
mit dem Gefe. Kommando der Gendarmerie wegen Einſieſſung eines
Gendarmen im Dienſte beſtanden, unſer höchſten Befehl mit
laſſen.

Ihnen, und ferner befehlen wir, folgt:

Die von Ihm anlassende geschliche Vorschrift, das wegen Salu-
tierung eines Militair-Person im Dienst ein gewisses Geisst wider-
gesetzt werden sollte, ist durch die Anstalt des Statuten nicht abgeändert
worden, dieselbe muss, als das Anstaltgesetz angesehend, fortbestehen, daher
auch das anmalte gewisste Geisst, wegen der Eigenschaft der Art, als
das gesetzmässige unentbehrliche zu betrachten ist, und eine entgegen-
gesetzte Erklärung würde im Anstaltgesetz falsch, als in manchen
Anstaltungen der Eigenschaft der Anstalt der Anstaltzeit nicht.
Sichlich das Geisst, durch den Anstalt.

Wir weisen darauf das Exzellenzgeisst an, für die Anstalt.
Die Art wegen Zusammenfassung eines Geisst aus Militair und Civil.
Personen, nach dem Anstalt des Anstalt. Einmal der Anstalt das
Geisst zu Anstalt.

München den 18^{ten} März 1819

Die

das Königl. Exzellenz-Geisst des N. Anstalt also
anlassen.

Abdruck
N^o 4709

201

Königreich Bayern.

Staats-Ministerium der Justiz.

Oben der Anstalt, ob Anstaltigen Civil-Anstaltigen, welche nach dem
Anstalt vom 17. März 1817 (Sitzungsprotokoll Sammlung N^o 109.) die
Anstaltigen in einem Anstaltigen zu Anstaltigen, die Anstalt.
Hut der Artikel 12. 13 und 16 Teil I des Anstaltgesetzes zu kommen?
würde frucht an das Königl. Exzellenzgeisst für die Anstalt das
in Abdruck mitfolgende allerhöchste Anstalt anlassen.

München den 18^{ten} März 1819

Die

Seiner Königl. Majestät allerhöchste Anstalt.

Gr. Kabinetskanzler

Die Königl. Exzellenzgeisst
In Bezug auf die Artikel 12. 13.
und 16. Teil I des Anstaltgesetzes.

Der
General-Sekretair
v. Sommer.

Abtschriftad 201.

M. E. H.

Durch die hiesige Kanzlei vom 4^{ten} genähten 14^{ten} dinstags Monats
an den hiesigen Richter.

Ob hiesigen Einzelknäpplingen, welche nach dem An-
schreiben vom 1^{ten} dinstags 1819 (Erlaßgesetzliche Sammlung
N. 109) in Gefängnisstrafe in einem Arbeitshaus zu
verurtheilt sind, die Befreiung der Artikel 12. 13. und 16
Zahl I des Strafgesetzbuchs zu kommen?

antworten Sie dem Appellationsgericht für den A. Kreis fol-
gende Gutachten.

Durch die Befreiung der genannten Artikel des
Strafgesetzbuchs nur von Criminalknäpplingen zu verurtheilt ist,
die in der Strafe angeführten Knäpplinge aber immer nur
Einzelknäpplinge bleiben, — auch diese zur Befreiung nicht anwendbar
sind.

Die Grundlage zum Eingang angeführten Bescheides folgt
in der Anlage zurück.

München den 18^{ten} May 1819

Da

das Königl. Appellationsgericht des A. Kreises also
urtheilen werden.

Abtschrift
N. 565.202.

Königlich bairn.

Justizministerium der Justiz

Nachdem Bildung eines gemeinsamen Gerichts wurde für den
Königl. Appellationsgericht für den A. Kreis nachfolgende Gut-
achtenurtheil, welche zur Befreiung mitgetheilt wird.

Abgepr. 1819.

ad 202.

M. J. K.

Wir haben Euch über den, mit Brief vom 4. gen. datirt
14^{ten} März d. J. das angezeigte Exposé des Appellations-
genie des Regiments, und des General-Commando Nönn-
berg, die Bildung eines gemischten Genie in der Unternehmung:
sich gegen N. und N. bezeugend, in ständiger Verhandlung
lassen lassen, und endlich beschlossen, wie folgt:

Nachdem die zu einem gemischten Genie abgeordneten Militäre in
Liedern für den speziellen Fall nur allein durch das von der zuständigen
Militäre. Besondere Befehlungen legitimiert werden, so ist nicht
unbedingt. Mitglieder des Militäre Appellationsgenie zu bestimmen
zu müssen.

Uebrigens sind die abgeordneten Militäre, welche nicht schon
vorherig ihre Stelle als Richter bezeugt sind, für den bezeugenden
unbedingt. Akt durch den sonst das gemischte Genie zu be-
zeugen.

Das Appellationsgenie des Regiments hat das auf den
Entwurf des angezeigten General-Commando des Expositum zu ver-
fügen. Die Akten folgen zurück.

Münster, den 1^{ten} März 1819

Euch

Eurer Königl. Majestät allerböchster Befehl.
Gr. Kabinetsbescheid.

Der

Das Königl. Oberappellationsgenie.

In

Bildung eines gemischten Genie
bezeugend

Der

General-Expositum
v. Nönnberg.

Honorable Sir
 State Ministry for Foreign Affairs

Wegen Verzögerung nimmt Spindanzhof zu Befestigung und Unter-
haltung der Püngerregulirungen wurde heute an das Königl.
Appellationsgericht der N. Kreis aufzuführende Gutachten eingereicht.
Ludw.

Stück Einzahl 7:7:

Im Königl. Appellationsgericht des N. Reichs wird auf die mit
Urtheil vom 26^{ten} März, veröffentlicht 22 Tausend Tausend Tausend, Tausend
lagen zurückzuführen, vorgelegten Einsprüche des Königs: Reich und Reich.
nicht in Sammlungen:

ob zur Kenntniss und Befestigung der Königsverordnungen als
Anbaufen und Stangehen mit dem Grundsatz auf und ein
Stundezeit beizugehen sei?

inspektant, Inspektoren in bestanden Gesetzbuchung bannito yang
klara Bestimmungen angetha, waleja in polyandra Stotikal gampellan;

I. Erzähl. Reduktionen und Entzifferungen von Schriften, sowohl im
Aller der Lösung als Rönzengabe, ist in der Regel die Zu-
weisung der Gewissensurtheil allain sinuifund. (Königsbuch der
II Artikel 236 und 243.)

II Stenographische kann jedoch nicht zum Geheißworte auf mich
ein ganz flüchtiges Skizzenbild eingezeichnet werden.

a, wenn der Graubart im Tiran, Aulayan von Sandayan
nicht glaubt oder wegen seines Alters das nicht mehr kungling ist
und kunglingen, was

b. wenn sonst die Garichte die Längenzug sind Spindelzug
unvollständig oder mangelhaft sein.

(Kopie vom 21^{ten} September 1813 N^o 18 Der Litteratur- und Kunst- Sammlungen.)

III. In solchen Fällen ist es jedoch nicht nöthig, daß ein besondrer
gesetzlicher Ausschuß beigesetzt werde, sondern es soll jenen
der Landes- und Distrikts, in welchen die Deklaration der
Unterzeichnung vorgenommen wird, oder, wenn in demselben noch
kein solcher ausgesetzt, und kein Einigung solcher Plätze als
gesetzlicher Ausschuß vorhanden ist, der Landes- und Distrikts-
gesetzliche Beirath zur Befestigung der Resolutionsentscheidung werden.

Diese letztere Bestimmung ist in der Novelle vom 20^{ten}
April 1815. (N^o 88 der Gesetzessammlung) enthalten und in
dem zweiten derselben Satz es bestimmt, daß jenen, wenn die
Unterzeichnung eines Gesetzes neben dem Gesetzgebenden notwendig
ist, sondern nur zu bestimmen, wann in jenen Fällen, wo nach
dem Gesetz die Unterzeichnung eines Gesetzes erforderlich ist,
als solcher gesetzlich werden müssen.

Wien den 6^{ten} August 1819

Erst

Seiner Kaiserlichen Majestät allergnädigster Befehl.

Fr. Ritterberg.

Da

Sein Königl. Oberappellations-
Gericht

Die Unterzeichnung eines
Gesetzes zu Befestigung und
Bewahrung der Königl.
Verordnungen betriffend.

Der

General-Sekretair
v. Hammer.

Abschrift
N^o 6785.

204.

Königlich Preuss.
Staats-Ministerium der Justiz

Dem Königl^{ich} Appellationsgericht des Reichs wurde eine Abschrift des am 18^{ten} April d. J. daselbst von dem Königl^{ichen} Appellationsgericht des Reichs (Königl^{ich} Appellationsgericht des Reichs) in der Entscheidung des Artikels 425. Teil I des Preuss. Gesetzbuchs betreffend die Verurteilung und zu dem gemässen Ausspruch der Entscheidung mitgeteilt.

Münster den 20^{ten} August 1819

Auf

Ihrer Königl^{ichen} Majestät allersächst^{en} Befehl
Gr. Regierung.

An

dem Königl^{ichen} Appellations-

Gericht

dem Artikel 425. Teil I des
Preuss. Gesetzbuchs betreffend

Dem
Gen^{eral}-Sekretair
v. Sommer.

Abschrift.

M. J. K.

Wenn gleich bemerkt das Zeitpunkt nicht ist, eine Abänderung des Artikels 425. Teil I des Preuss. Gesetzbuchs zu veranlassen, so werden wir jedoch seiner Zeit die geeigneten Schritte darüber an die Stände des Reichs bringen lassen, die diese Gesetzgebung kennen, haben die Entscheidung, so wie die ankommenden Gerichte die ihnen zu Gebote stehen. Dem Kaiserlichen Rathe zum Vorwissen. Die wegen Unterbreitung
d. J.

Einzelne Artikel in Unternehmung gesetzten Indigenen sind, - wenn
 es bei Angelegenheiten der Regel und Ordnung soll, möglich ist, ohne irgend-
 liche Gefahr zu veranlassen, auf wenn es immer möglich ist, unter Auf-
 sicht auf ihren Konstitutionen zu beschränken. Ein Hindernis der
 Festhaltung, der Bekämpfung und Verhütung einer ganzl. Unternehmung, die
 Festhaltung der Unternehmung auf ungesunde Bedingungen, mitunterfanden
 Einrichtungen und Anlagen, sind zu vermeiden; vielmehr ist sich auf
 diejenigen Handlungen zu beschränken, welche die Natur der humanistischen
 Verfassung gebietet und so weiter.

Wenn die Indigenen dieser Massregeln gänzlich befreit sind,
 und die Exekutionen nicht ein ungesundes Gefühl verursachen nicht
 sollen, vielmehr gänzlich abgebrochen, so wird ein grosser Teil der aus dem
 genannten Artikel abgeleiteten Inkongruenzen sich von der Hand
 weisen lassen.

Wien den 18^{ten} Juni 1819.

Der

der k. k. Exekutionen der k. k. Kaiserin
 verlesen werden.

Abgeschrieben.
 N. 1363.

205

Königliche Kaiserin.

Staats-Ministerium der Justiz.

Wegen Verurteilung der Angeklagten in Criminalsachen, wurde unter
 dem Gehörigen an sämtliche Exekutionen der Kaiserin (mit dem
 Namen der Kaiserin) in der Abgeschrieben mitfolgende Aufschreibung
 verlesen.

Wien den 17. Dezember 1819.

Der Kaiserliche Majestät allergnädigster Befehl.

Gr. Kriegenberg

Der
 der k. k. Exekutionen der k. k. Kaiserin
 in Criminal. Sollen bekräftigt.

Der
 General-Intendant
 v. Kommer.

Obpflicht.
N. 1363

ad 205.

Reignungswesen.
Staat. Ministerium der Justiz.

Da die Kosten für Anwesenheit in Criminalsachen sehr be-
trächtlich sind, so werden die königlichen Appellationsgerichte an-
zufordern, darauf besonders aufmerksam zu sein, und in
jeden Fall ein offenbar unnötiger Anwesenheit abzuwehren
wenn, die dafür aufgewandten Commisariuskosten zu sparen.

Dieses ist demnach den Untersuchungsgerichten mit dem Auftrage
zu empfehlen, daß sie in jedem Falle, bei welchem sie ein Urteil der
Erstinstanz einem Appellationsgericht vorlegen, auf § 211 des
Reichsgesetzes zur Vernehmung der im Reichsgesetzbuch Teil II Artikel 85
benannten Personen achten sollen, indem dieses nicht nur die an-
geordnete Gesetzstelle durch den Satz „ohne Aufbruch“ vorsehreibt,
sondern auch zur Befestigung der Untersuchung und zur Vermeidung
der Reise- und Zusagekosten für die als Zeugen zu vernehmenden Per-
sonen und deren Angehörigen, so wie zur zweckmäßigen Vernehmung
dieser Zeugen selbst beiträgt.

Wien den 17^{ten} Dezember 1819.

Die

Ihrer königlichen Majestät allerhöchsten Befehl
Jr. Reichsrath

Teil II Art. 85 und 232.

An

dem königlichen Appellationsgericht
H. N. N. Reichs

Ein Verlangen der Anwesenheit in
Criminalsachen betrefend.

Der
General-Sekretär
i. Lember.

Abtschrift.
N. 1203.

206.

Königlich Sächsisch.
Staats-Ministerium der Justiz.

Ein wegen Verschlingung der Gefängnisstrafe in den Zerkerkungsbauhöfen unter dem heutigen an sämtliche Exzellenzgerichte das Königl. mit Erlaubnis zum für den Abdruck und zur Fortsetzung. wird in Abschrift mitgeteilt.

Wien den 11^{ten} Jänner 1820

Auf

Sächsisch Königl. Majestät allerhöchster Befehl.
Gr. Verordnung.

Der

das Königl. Oberappellationsgericht

Der

Versammlung der Gefängnisstrafe in den Zerkerkungsbauhöfen.

Der

General-Sekretair
v. Neuner

Abtschrift.

Königlich Sächsisch.
Staats-Ministerium der Justiz.

Der nach eingekommen Gütern der Polizei Kommissariate der Zerkerkungsbauhöfen: Anstalten und der unterstehenden königlichen Anstalten der Verschlingung der in diesen Anstalten zu verurtheilten Gefängnisstrafen unumstößlich dem Königl. unterliegt, und verbunden mit angestammter Zerkerkungsbauarbeit, von nachfolgenden Folgen für die Gesundheit der Gefangenen ist, so werden sämtliche Königl. Exzellenzgerichte, als Einzelinstanzen angewiesen, und werden die gesetzlich Sanktion der Gefängnisstrafe bei ihrem Verurtheilten, die sich nach Artikel 3 der Verordnung vom 28^{ten} November 1816 und nach der

Der Entschliessung vom 24 November 1818 zur Ausführung in ein Zwangs-
arbeitsamt rügan, dass Anwendung der im Artikel 29 Titel I des Verordn.
gesetzlichen festgesetzten Arbeitsarten nicht abzuändern, oder, wenn
diese Abänderung durch individuelle Verhältnisse in Gemässheit des in
nachfolgenden Artikel notwendig sein sollte, die Festsetzung der ab-
zum zu bestimmenden Arbeitsarten in der unendlichen Folge von
Arbeitsarten zu verfahren.

München den 11^{ten} Jänner 1820

Auf
Seiner Königl. Majestät allerdurchlauchtigsten Befehl.
Gross-Rathsherr

Der
Königl. Regiments-Commissar
für den Kreis

Der
General-Intendant
v. Sommer.

In
Auftrag der Garnison-Commissar in der
Zwangsarbeitsamt rügan bat:

Abdruck.
N. 6070.

207.

Maximilian Josef
von Jettat Johann König von Bayern.

Der Entschliessung auf den Bericht vom 6^{ten} März 1818 8^{ten} Titel
Monats, der Regierung. Einfließt gewisse von Landgemeinden, Gemeinden
und Städten in der Untersuchungssache gegen Georg N. batman, was
folgt:

In dem Verordnungsblatt Titel II Artikel 25 ist eine besondere
Bestimmung der Regierung. Einfließt der Untersuchungen, und zwar in Verordn.
nachdem der Angeklagte zur Festsetzung zugelassen worden.

Einzel

Dieses Specialgesetz kann durch die allgemeine Vorschrift des
Königsges. 43 der Verordnung vom 15^{ten} April 1817 nicht für an-
geordnet werden. — Nachdem das Konzeptionsgesetz
den Recht über die Zuständigkeit derjenigen Untergewichte, welche
unter verschiedenen Gewichten stehen, zu entscheiden hat, und
die Königl. Vorschrift über den Gebrauch der Gewichte besondere
Bestimmungen in Folge des Artikels 482 Teil II des ungarischen
Königsgesetzes bei den Gewichten anzuwenden sind; so hat das genannte
Konzeptionsgesetz in dieser Formel nur allein die Konzeption.
Regulierung betraffenden Sachen des Königs zu verstehen.

Die Akten folgen zurück

Laufen den 22 Juli 1820

Max Joseph

Der

Gr. Kämmerer

des Königl. Konzeptions-

Gesetz.

Die

Königl. allersächst. Befehl

der

General-Intendant

v. Kemmer.

den Konzeptions-Empfänger zuweisen den
Landgewichten Sagenhalten und Mischungen
der Untergewichte gegen Gewichte
zu betraffen.

praes. den 26^{ten} July 1820 bei dem Königl. Konzeptionsgesetz.

Abgesandt.

208.

N^o 7410

Maximilian Joseph.

von Gottfried Johann König von Leoben.

Sei es dahin, als ein Landmann, welcher die Stelle eines Haupt-
manns bei der Landwehr bekleidet, zu demselben gesessenen Gesand-
nisstunde vernunftvoll würde, haben sich die Punkte darüber anzugeben;

ob solche Befürwörungen, welche bei Ihn in der Linie stehenden Offizieren
nimmal angemessen sind, bei Landwehr-Offizieren Anwendung
finden sollen?

Wir müssen in der Erwägung, daß die Aufrechterhaltung
der Ehre der Landwehr-Offiziere mit jenen der Linie Militärs
wegen der möglichen Mißverständnisse gleicher Dienstleistungen, und
im jedem künftigen dienstlichen Zusammenwirken verknüpft,
unvermeidlich ist, Befürwörungen bei den Landwehr-Offizieren nicht
anzunehmen, welche auch in der Linie mit den Offizieren - Euren Klaren
nicht verträglich gewesen wären, Dieser Oberappellations-Garist
aufmerksam: Die Befürwörungen des Artikels 29 Zil I des
Kriegsverordnungs bei Landwehr-Offizieren, welche in Folge ihrer
Dienste nicht zugleich auch von Landwehr-Transparenzen werden
müssen, nur mit Vorsicht, und wo es nicht zu vermeiden ist, in
Anwendung zu bringen.

München den 3^{ten} September 1820
Max Joseph.

Nr. 3008

praeo: den 4^{ten} September 1820
bei dem Königl. Oberappell.
Kationsgarist.

Der
Königl. Oberappellations-
Garist.

Gr. Kriegsrath

Die Befürwörungen der Gesandten-
Anträge bei Landwehr-Offizieren
betreffend.

Der
Königl. allhöchsten Befehl
Der
General. Sekretair
v. Nernner.

Abtheilung.
N^o 1596.

209.

Königliche Erlasse.
Durch Ministerium der Justiz

Das Königlich Oberappellationsgericht angeordnet auf seinen
Ernst vom 11^{ten} gerichtsint 13^{ten} dinst Monats, unter Rücksendung
der vorgelagten Akten, in der Anlage eine Abtheilung der Justiz an
das Appellationsgericht für den A. Kreis angeordnet allerhöchsten
Entschliessung, unmittelbar Einweisung der oben dem Gerichtshofes in
nicht brennendlichen Gegenständen beauftragt, zur Einsichtnahme.
München den 17^{ten} Dezember 1820

Die
Königliche Majestät allerhöchsten Befehl
Es. Kabinets.

Das Königlich Oberappellations-
gericht.
Unmittelbare Einweisung der Akten
in nicht brennendlichen Gegenständen
beauftragt

Der
General. Sekretair
o. Leinwand.

Abtheilung.

M. J. H.

Wir haben auf den vorgelagten Akten des Oberappa-
lationsgerichts. gesehen, dass es bei dem vom A. - in der angegebenen
gung der Akte. Es ist nicht zu gesehen Aktenführung. Es ist zu über-
appellationsgerichts angeordneten Akten nicht so weit auf dem Gut-
scheidung über das zur Aktenführung gekommenen Angelegen, als auf den
Punkt der Abfassung des Appellationsgerichts für den A. Kreis ange-
kommen

Kommun. Sat. N. Sat nämlich in seinem zum Civil-Verwaltungs-
gerichtlichen Instanz eingerichteten Revirement. Solche Fälle Appellationen
gerichtet zu verbiten gescheht und deshalb Sat auf dieser Verbitung
gescheht unter der gar keine Rücksicht genommen, oder über solche alle
falls selbst gescheht.

Dieser ist der eigentliche und vorzügliche Gegenstand, worüber
sich N. gegen Appellationen gerichtet befehlen Sat.

Da nun auf in Angelegenheiten nach Artikel 35. und 482 Teil II des
Verwaltungs-Gesetzes, so wie nach der Natur der bei den Appellationen ge-
richteten bei Tausenden Civil-Verwaltungs-Verfahren und gerichtlichen Instanz, ab-
sondern, wenn das zu kommende Gericht ganz, oder in einigen seiner Mit-
glieder abgelaufen werden soll, werden den Appellationen gerichtet selbst
nach diesem Vertheilungssatzem der Instanz, sondern nur allein den
Appellationen gerichtet der Entscheidung zusetzt; so kann von dem Appell-
anten das Appellationen gerichtet in seinem Verichte vom 28^{ten} von dem
gerichtet 5^{ten} dieses Monats gegen Bestimmungen des Appellationen
Verwaltungs gerichtet in Angelegenheiten ausgesprochen Sat, keine Rede sein.

Das Appellationen gerichtet Sat daher in der Sache des N. die weitere
Entscheidung des Appellationen gerichtet über den zur Sprache ge-
brachten Punkt der Genie-Kablenung zu verbiten.

München den 17^{ten} December 1820

Der

Das Königlich Appellationen gerichtet für den N. Kreis
also angehen.

Sammlung der wichtigsten königlichen Rescripte in Beziehung auf das
Strafgesetzbuch für das Königreich Baiern

Bd.: Bd. 2

[München] [ca. 1820]

4 Bavar. 3317 x-1/2

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10347264-1